

Dezernat B  
Kämmerei

Bezugsvorlagen:

| <i>Beratungsfolge</i>                          | <i>Geplante Sitzungstermine</i> | <i>Ö / N</i> |
|--|---------------------------------|--------------|
| Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)          | 19.11.2018                      | Ö            |
| Ortschaftsrat Gebersheim (Vorberatung)         | 21.11.2018                      | Ö            |
| Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)           | 21.11.2018                      | Ö            |
| Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)      | 05.12.2018                      | Ö            |
| Planungsausschuss (Vorberatung)                | 06.12.2018                      | Ö            |
| Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung) | 12.12.2018                      | Ö            |
| Gemeinderat (Entscheidung)                     | 18.12.2018                      | Ö            |

## **Haushaltsplan 2019 - Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2019**

### **Kenntnisnahme**

Der Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2019 wird zur Kenntnis genommen.

### **Sachverhalt**

In den Anhängen sind die schriftlichen Haushaltsreden der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2019 enthalten.

Klaus Brenner  
BürgermeisterDr. Ulrich Vonderheid  
Erster BürgermeisterMartin G. Kaufmann  
Oberbürgermeister

### **Anlage/n**

|   |                            |
|---|----------------------------|
| 1 | Haushaltsrede CDU          |
| 2 | Haushaltsrede Freie Wähler |
| 3 | Haushaltsrede SPD          |
| 4 | Haushaltsrede Grüne        |

|   |                         |
|---|-------------------------|
|   |                         |
| 5 | Haushaltsrede FDP       |
| 6 | Haushaltsrede S:ALZ     |
| 7 | Haushaltsrede NLL       |
| 8 | Haushaltsrede Die Linke |

# Haushaltsrede 2019 CDU-Fraktion

Elke Staubach

06.November 2018

## Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kaufmann,  
sehr geehrte Herren Bürgermeister Dr. Vonderheid und Brenner,  
liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Zuhörerinnen, Zuhörer,  
Pressevertreterinnen und Pressevertreter,

die erste Haushaltsrede, die Oberbürgermeister Martin Kaufmann von uns zu hören bekommt. Ist er doch erst seit 1.12.2017 im Amt.

Unsere Haushaltsrede steht heute unter dem Motto:  
„Aller guten Dinge sind drei !“

### Wohnen, Mobilität und Digitalisierung

#### **Wohnen**

Wir fragen uns: Ist der Bau von zusätzlichen Sozialwohnungen das Nonplusultra zur Lösung des Wohnungsmangels ?

Wir befürchten das Risiko von Investitionen in Neubauten und späteren Fehlbelegungen. Wir bauen heute Wohnungen für Personen, die als Berechtigte einen Anspruch auf solch eine Wohnung haben. Aber irgendwann haben diese Personen vielleicht keinen Anspruch mehr darauf, bleiben dann aber in der für sie günstigen Wohnung. Die Investitionen verpuffen. Und dann bauen wir wieder neu für die Nächsten, die auf der Warteliste stehen. Die **Fehlbelegungsabgabe** wird in Baden-Württemberg derzeit nicht angewendet. Dadurch werden die inzwischen nicht mehr Bedürftigen weitergefördert. Hier wäre eine Neuregelung durch das Land Baden-Württemberg sinnvoll. Die Fehlbelegungsabgabe führte in Stuttgart bis zu ihrer Abschaffung sowohl bei der Anzahl der Fehlbelegung als auch der Kosten-Nutzen-Betrachtung zu positiven Effekten.

Die Unterstützung durch Zahlung von **Wohngeld** kommt den wirklich Betroffenen zu Gute. Der Vermieter erhält seine reguläre Miete, der betroffenen Person wird so lange geholfen, so lange die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Entfallen die Antragsvoraussetzungen, entfällt auch das Wohngeld. Das Wohngeldgesetz wird übrigens immer wieder überprüft und angepasst, zuletzt 2016.

Sicherlich wird es trotzdem notwendig sein, Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Hier wird man um Verdichtungen und Neubauten nicht herumkommen. Der Wohnungsbedarf vor allem im niedrigeren Preissegment hält an. Wir benötigen also weiterhin Bauflächen und Genehmigungen.

In 2006 wurde der **Flächennutzungsplan 2020** erstellt und beschlossen. Nun könnte man davon ausgehen, dass alles abgearbeitet ist, da wir auf 2020 zugehen. Weit gefehlt! So war in der damaligen Auflistung die Gleiwitzer Str., nördl. Gerlinger Str. ebenso aufgeführt, wie in Eltingen das Gebiet südl. Renninger Str. oder in Gebersheim das Gebiet südl. Höfingener Str – östlich Rötistr; in Höfingen der Gebersheimer Weg westl. der Albert-Schweitzer-Str. und in Warmbronn Hinter den Gärten - südlich Maisgraben. Es ist also nicht so, dass keine Flächen mehr zur Verfügung stehen würden. Es ist zum einen die Frage, wie aktiv die Verwaltung das Thema betreibt und zum anderen wie man als Kommune an Bauland kommt. Hierzu hatten die Gemeinderäte erst vor Kurzem einen

## Haushaltsrede 2019 CDU-Fraktion

Elke Staubach

06.November 2018

Vortrag zum Thema „Kommunale Baulandentwicklung - Wege zur Neuordnung“. Der Referent empfiehlt die **vereinbarte amtliche Umlegung** mit dem Hinweis auf eine freiwillige Bauverpflichtung zur Vermeidung von Baulücken. Wir möchten außerdem, dass, wer Flächen einbringt, auch Bauland zugeteilt bekommt, wenn gewünscht.

Wir sagen: packen wir's an, probieren wir es aus mit der Verpflichtung für die Bauinteressierten innerhalb von 5 Jahren zu bauen.

Und wir fordern die Verwaltung auf danach zu schauen, dass gerade Flächen, die der Stadt gehören, mit einbezogen werden. So können wir flexibel reagieren, welche Wohnungen in städtischer Hand bleiben sollten.

Anpacken sollte die Verwaltung unseren Antrag zur **Bebauung am „Unteren Schützenrain“**, den wir am 25.9.2018 abgegeben haben. Der §13a BauGB, der das beschleunigte Verfahren beinhaltet, gilt nur noch bis zum 31.12.2019. Hier gilt es nun umgehend loszulegen, wenn klar ist, welcher Weg zur Neuordnung von Bauland gewählt wird.

Bereits in der Rede zum Haushalt 2018 hatten wir auf die **Alte Schuhfabrik** im Zentrum Leonbergs hingewiesen. Man kann ja darüber nachdenken, ob man die Fassade teilweise in einen Wohnungsneubau einbezieht. Für die dort arbeitenden Künstler haben wir bereits eine Idee: In der Altstadt sind bereits viele Künstlerinnen und Künstler ansässig. Bevor das **alte Rathaus** für 6-8 Millionen EUR umgebaut wird, was lt. OB Kaufmann dringend erforderlich sei, sagen wir:

das Bürgerbüro und das Ordnungsamt ins neu erbaute Rathaus, das wollten wir als CDU-Fraktion von Anfang an. Nur wurden wir da damals überstimmt. Den I-Punkt an den Marktplatz ins Alte Rathaus. Da gehört er unserer Meinung nach auch hin. Aber auch das erzählen wir schon ewig. Die Touristen kommen in die Altstadt und nicht an den Belforter Platz. Dann wäre im Alten Rathaus am Marktplatz sicher noch Platz für die Jugendkunstschule und die Künstler aus der Schuhfabrik.

Beantragt hatten wir in 2018 auch, dass der **Flächennutzungsplan 2020 fortgeschrieben wird**. OB Kaufmann hatte eigentlich dieses Thema zur Chefsache erklärt. In der knapp einjährigen Amtszeit ist bei uns bisher aber keine Drucksache gelandet. Wir geben schon mal eine weitere Anregung für die Erstellung mit:

Bebauung in Verlängerung zur Wohnbebauung Rutesheimer Str. Richtung neuem Kreisel genannt „Hasensaul“. Hier könnten wir uns auch mehrgeschossige Häuser vorstellen, um die Nachfrage zumindest in Teilen zu befriedigen.

Und auch das Thema **Gewerbe** darf nicht in Vergessenheit geraten. Geht es in Höfingen im Pfad II weiter? Und was wird aus dem SÜMAK-Areal? Und auch da haben wir bereits einen Vorschlag für den Flächennutzungsplan nach 2020:

Verlängerung von Leo3 an der alten Glemseckstr. Richtung AB-Anschluss Leo-Ost.

Nun haben wir viele Vorschläge unterbreitet, unter anderem wie man die Suche nach Wohnungen und vor allen Dingen nach bezahlbarem Wohnraum anpacken könnte. Das funktioniert aber nur, wenn auch im Rathaus genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorhanden sind, die sich um die Umsetzung kümmern. Die Verwaltung muss dabei auch über **Leihpersonal oder Amtshilfe** innerhalb Baden-Württembergs nachdenken. Die schönsten Pläne nutzen nichts, wenn mit dem Bau nicht begonnen werden kann, weil das Personal/ Equipment fehlt.

## Haushaltsrede 2019 CDU-Fraktion

Elke Staubach

06.November 2018

### Mobilität

Nicht nur das „heilig Blechle“ ist für viele heute wichtig, sondern auch eine gute ÖPNV-Anbindung, Fußwege zum Flanieren oder Radwege, um eine Strecke von A nach B zurückzulegen. Diese Vielfalt gilt es als Angebote abzubilden, damit sich Menschen in **IHRER** Stadt wohlfühlen und mit ihr identifizieren. Frau Sauer von der Stadtverwaltung ist gerade dabei, den ÖPNV zu optimieren. Hier werden sicherlich noch viele Anregungen nicht nur von den Gemeinderäten sondern aus der Bevölkerung und von Interessensgruppen einfließen, bis es zur endgültigen Umsetzung kommt. Aber auch danach werden die Fahrtrouten immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden müssen, Ergänzungen, Änderungen werden erforderlich sein. Und: Die Fahrzeugflotte wird immer mehr hinterfragt. Wie sehen die Fahrzeuge der Zukunft aus ? Hybrid? Elektrofahrzeuge? Und brauch' ich nicht auch kleinere Busse, um z.Bsp. ein Wohngebiet oder einen bestimmten Bereich anzudocken ? Wir müssen daher in viele Richtungen denken. Warum z.Bsp. nicht mal einen **innerstädtischen, kostenlosen ÖPNV** auf den Weg bringen als Testphase über 2 Jahre ? Nimmt dann der PKW-Verkehr tatsächlich ab ? Auch ein **autonomer E-Shuttle-Bus** sollte als Anbindung getestet werden. Was die Strecke betrifft, sind wir offen. Wir haben hierzu einen interfraktionellen Antrag mit auf den Weg gebracht, den wir heute der Verwaltung überreichen. Hierfür sollen 200 TEUR mit einem Sperrvermerk eingestellt werden. Erst die Suche nach einer idealen Strecke, dann die Umsetzung mit Fördergeldern durch Bund oder Land. Solch ein autonomes Gefährt ist übrigens schon im regulären Betrieb in Bad Birnbach unterwegs. Es kann auch auf Gehwegen fahren, wenn diese breit genug angelegt sind.

Da wir in einem Land der Autobauer wohnen und hier viele direkt oder indirekt ihr Geld bei der Autoindustrie verdienen, was übrigens mit zu der geringen Arbeitslosigkeit führt, gehört für uns das Auto auch in Zukunft zum Leben. Da gibt es aber auch Handlungsbedarf. Und zwar nicht nur beim fahrenden Verkehr sondern auch beim **ruhenden Verkehr**. Zugeparkte Gehwege oder Busspuren, aber auch Feuergassen. Eine Altstadt-Tiefgarage, die zwar Platz hat, die Akzeptanz aber nicht so ist, wie man sich das wünscht. Immer noch warten wir auf die Umsetzung des sogenannten „**Handyparkens**“. Den interfraktionellen Antrag haben wir bereits unter dem alten OB im März 2017 eingereicht. Da wurde geschoben und geschoben und jetzt wird auch angeblich geprüft, recherchiert, geschoben. Damit erhöht man nicht die Akzeptanz für das unterirdische Parken. Und statt über Schranken nachzudenken, die mit Einrichtung mind. 455 TEUR Kosten verursachen, sollte man das jetzige System ENDLICH verbessern, z.Bsp. mit dem „handyparken“. Die Einrichtung kostet nur wenig und das Nachlösen oder direkt buchen kann ohne App auch mit einem älteren Handy durchgeführt werden.

## Haushaltsrede 2019 CDU-Fraktion

Elke Staubach

06.November 2018

### Digitalisierung

Glasfaserausbau, Breitband, WLAN, Mobilfunk und und..... In 2017 hatten wir bereits einen Masterplan für die Gesamtstadt eingefordert. Der kommt wohl nun endlich auf den Weg.

Wir könnten aber schon weiter sein, wenn man das Thema gleich angepackt hätte. Schließlich war das Thema Digitalisierung auch zur Chefsache erklärt worden. Und nicht nur Firmen in Gewerbegebieten und Privathaushalte kritisieren das langsame Netz. Auch Schulen sind im Schneckentempo unterwegs. Und wussten Sie, interessiertes Publikum, dass es ein Unterschied ist, ob das Rektorat oder das pädagogische Netz = Klassenräume angeschlossen sind? Die Rektorate haben zwischen 1 Gbit/s und 20 Gbit/s zur Verfügung. Bei dem Internetzugang für die Schülerinnen und Schüler geht die Spanne von 2 Mbit/s bis max. 16 Mbits/s. Bei Grundschulen mag das weniger zu Problemen führen. Aber in den **weiterführenden Schulen** sehen wir dringenden Handlungsbedarf, gibt es doch extra ein Fach Informatik. Und dann wird man durch das langsame Netz in der Vermittlung dieses wichtigen Unterrichtsstoffes gebremst. Einige Schulen sollen in 2019 an Glasfaser angeschlossen werden. Aber was ist dann mit der Anbindung bis ins Klassenzimmer? Die Hardware muss stimmen. Sind die Datenleitungen entsprechend ertüchtigt? Wenn ich in einem Haus mit alten Elektroleitungen plötzlich eine Kaffeemaschine, Spül- und Waschmaschine etc. anschließe, führt das nicht unbedingt dazu, dass es funktioniert sondern eher zu einer Überlastung. Das darf in den Schulen nicht passieren! Und wir können anhand des Finanz-Haushalts nicht nachvollziehen, ob für die **Anbindungen**, die erforderlich sind, die entsprechenden Mittel eingestellt wurden. Hier erwarten wir von der **Verwaltung eine entsprechende Darstellung. Ansonsten** sind die **Mittel hierfür zu benennen und einzustellen.**

Digitalisierung betrifft auch die Verwaltung direkt. Bereits 2015 haben wir für den Haushalt 2016 auf die **Kommune 4.0** hingewiesen und dass hier starke Veränderungen erforderlich sind, auch, damit das ein oder andere direkt per Mail abgewickelt und der Weg zum Rathaus eingespart werden kann. Ist dies doch auch oft damit verbunden, dass man seine Arbeitsstelle früher verlassen muss oder sogar Urlaub nehmen muss. Die Antwort damals hierzu:

„Kommune 4.0 ist kein etablierter Begriff wie zum Beispiel Industrie.“ Und nach vielen weiteren Ausführungen am Ende: „Zu beachten ist, dass die Verwaltung in weiten Bereichen Gesetze vollzieht und deshalb sich in einem gesamtstaatlichen Rahmen einfügen muss.“ Komisch nur, dass zum Beispiel die Stadt Gronau in NRW die Bürgerinnen und Bürger um Ideen zur **digitalen Umsetzung im Rathaus** auffordert. Nun haben wir ein neues, neues Rathaus. Wir dachten, dann sind wir auch besser aufgestellt, was das Thema Internet, Abruf von Dokumenten etc. betrifft. Aber hier gibt es noch erheblichen Optimierungsbedarf. Den Bauherren und dem Baubereich wäre zum Beispiel geholfen, wenn sie ihren Antrag, den sie eingereicht haben, verfolgen könnten. Wie weit ist die Bearbeitung meines Bauantrages? Das könnte dann auch am Wochenende oder abends problemlos abgerufen werden. Man würde sich die lästigen Telefonate ersparen, die beide Seiten nur unnötig Zeit kosten, Fristen und Zeitschienen wären dokumentiert. In Sindelfingen gibt es ein **Amt für Digitalisierung**. Vielleicht wäre das nachahmenswert. Wir bitten hier um einen Bericht und Vorschläge, wie dies evtl. auf Leonberg heruntergebrochen werden könnte.

## Haushaltsrede 2019 CDU-Fraktion

Elke Staubach

06.November 2018

3 weitere Punkte liegen uns noch am Herzen:

1. die Einnahmen erhöhen sich, die Ausgaben allerdings auch. So wird immer mehr Geld für den Bereich Kindertagesstätten/Schulen benötigt. Wir sehen hier den Bund und das Land in der Pflicht, Aufgaben, die eingefordert werden, auch auskömmlich zu unterstützen.
2. Was auch mehr Geld verschlingt, ist der **Pferdemarkt**. Mindestens 400 TEUR sind hierfür angesetzt. Sicherheit ist hier die Prio! Hier darf es bei dem Traditionsfest keine Abstriche geben.
3. Das Leobad wird in 2019/2020 saniert. Das **Hallenbad** soll daher ganzjährig geöffnet sein. Ganzjährig heißt für uns 12 Monate mit den Öffnungszeiten des Leobades. Da das gesamte Personal dann im Hallenbad arbeitet, kann auch die Sauna ganzjährig betrieben werden.

Was uns sonst noch wichtig ist, jetzt aber nicht vertieft werden kann, zeigen wir in unserer Antragsliste auf.

Wir sagen zum Abschluss:

Drei Dinge braucht der Gemeinderat:

- eine Umsetzung der Beschlüsse
- eine schnelle Umsetzung der Beschlüsse, damit wir uns die Erinnerungen sparen können und
- dass eine deutlich verbesserte Information der Bevölkerung durch die Verwaltung über Beschlüsse und Realisierung für mehr Transparenz sorgt.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts 2019, allen voran Frau Gräter und Herrn Neukamm und allen anderen, die daran mitgewirkt haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

(HH-Rede und Antragsliste unter [www.cdu-fraktion-leonberg.de/Politik/Haushaltsreden](http://www.cdu-fraktion-leonberg.de/Politik/Haushaltsreden))

# Haushalt 2019

## Bereits in HH-Rede genannte Anträge:

|                       |   |  |
|-----------------------|---|--|
| <b>P-Ausschuss:</b>   |   |  |
|                       | Flächennutzungsplan 2020  | abarbeiten   |
|                       | Flächennutzungsplan fortschreiben   | Für Wohnbebauung + Gewerbe   |
|                       | Baulandentwicklung  | Vereinbarte amtliche Umlegung mit Bauverpflichtung (5 Jahre) anpacken, Vorlage: Ende I.Quartal 2019                                    |
|                       | Unterer Schützenrain  | Wohnbebauung beschleunigen; s. Interfraktioneller Antrag 09/2018, s. hierzu auch §13b BauGB ( in Kraft seit 13.5.2017 – endet 12.2019) |
| Seite 265             | Planungskosten Umbau/Sanierung Altes Rathaus                                  | Sperrvermerk (100 TEUR)  |
| Seite 536             | Alte Schuhfabrik  | Keine Sanierung sondern Wohnungsbau; Sperrvermerk (150 TEUR)   |
| <b>V-Ausschuss:</b>   |   |  |
|                       | Digitalisierung im Bereich Bauanträge   | Optimierung der Abläufe, Kundenzufriedenheit erhöhen   |
| Personal:             | Baubereich  | Soll-/Istzustand; Vorschläge Lücken füllen   |
|                       | Amt für Digitalisierung ?   | Bericht anhand Beispiel Sindelfingen   |
| Stadtwerke:           | Innerstädtischer kostenloser ÖPNV, Testphase 2 Jahre                          | Ergebnis ? Fahrgastzahlenerhöhung?   |
|                       | Autonomer E-Busshuttle interfraktioneller Antrag                              | 200 TEUR mit Sperrvermerk  |
|                       | Endlich Mittel für Handyparken bereit stellen (Parkhäuser)                    | ca. 1 TEUR lt. Mail Verwaltung 12/2017   |
| Seite 780             | Keine Schrankenanlage Altstadt-TG   | Einsparung mind. 455 TEUR  |
|                       |   |  |
| <b>S-Ausschuss:</b>   |   |  |
| Bäderbereich:         | Hallenbad 12 Monate öffnen  | Leobadsanierung  |
|                       | Hallenbad Öffnungszeiten analog Leobad  | Attraktives Angebot erforderlich   |
|                       | Sauna als Ganzjahresbetrieb   | Personal vorhanden; Gäste gewinnen aus umliegenden Gemeinden   |
| Schulen:              | Digitalisierung vorantreiben, Anbindung bis ins Klassenzimmer gewährleistet ? | Evtl. weitere Mittel zur Verfügung stellen, wenn hier noch Lücken bestehen   |
| Geförderte Wohnungen: | Wohngeld  | Auflistung wie sich das Wohngeld entwickelt hat von 2015 bis 2018 incl. Anzahl der Haushalte nach Pers.zahl                            |

# Haushalt 2019

## Weitere Anträge CDU-Fraktion HH 2019:

|                     |  |   |
|---------------------|--|---|
| <b>S-Ausschuss:</b> |  |   |
|                     | Qualitätsmanagement zum Thema Sauberkeit einführen - Schwerpunkt Schulen, Kitas  | Sauberkeit und Erhaltungszustand der Gebäude etc. verbessern  |
|                     | Calisthenics-Park einrichten   | Neue Sportart bei Spielplatz Layher-Areal integrieren;<br>Erstbezug Wohnungen in 2019<br>oder: Grünfläche bei Hallenbad |
|                     | Elektronische Infosysteme installieren (vor Rathaus, Marktplatz, S-Bahnhof Leonberg, Leocenter)                        | Informationen für Ortsunkundige über Sehenswürdigkeiten, Cafes, Restaurant, Einkaufsmöglichkeiten etc.                  |
|                     | Eintrittspreise 2020 Leobad  | In 2019 überprüfen in Hinblick auf Abendtarif, Saisonkarte etc..  |
| Seite 403           | Wirtschaftsgebäude Leobad überprüfen   | Fenster, Bausubstanz etc., auch in Vereinräumen DLRG etc..  |
| Seite 406           | Kinderliegen für Hallenbad (Kinderbereich/Sonnenterrasse), Planungsansatz 2019 10 TEUR                                 | Attraktivierung   |
|                     | Hallenbad/Sauna/Leobad   | zu Stadtwerke eingliedern   |
| Seite 234           | Leonberger Hund NICHT anschaffen   | Mit Tierschutz nicht vereinbar, Hund kein Gegenstand = Werbemittel;   |
| Seite 337           | Erweiterung Grundschule Gebersheim vorziehen; Planung 2019, Umsetzung 2020   | Stark steigende Schülerzahlen   |
| Seite 370           | Erweiterung Kunstsammlung streichen  | Siehe weiterer Posten Seite 379; Einsparung 20 TEUR   |
| Seite 372           | Stadtmuseum Überprüfung 60 TEUR  | Folgejahre nicht nachvollziehbar  |
| Seite 606           | 1 – 2 Minispielgeräte wie Federspielgeräte (Auto, Pferd, Frosch etc.) auf Marktplatz installieren                      | erhöht Aufenthaltsqualität  |
|                     |  |   |
| <b>V-Ausschuss:</b> |  |   |
|                     | Prüfauftrag Fuhrparkmanagement   | Kontrolle HU, Inspektion, bestehende Vers., Reparaturen, Schadensfälle, Optimierung Fahrzeugbestand                     |
|                     | Energiespar-Contracting prüfen, z.Bsp. bei Strohgäuhalle, Gäublickhalle, Staigwaldhalle (Bündelung von Liegenschaften) | Einsparpotential ?  |
|                     |  |   |

## Haushalt 2019

|                        |  |  |
|------------------------|--|--|
| Personal:              | Einstellung Gleichstellungsbeauftragte   | Mit Sperrvermerk;<br>Pflichtaufgabe ab 50000<br>Einwohner; siehe<br>Chancengleichheitsgesetz   |
|                        | 1 weitere Stelle im Vollzugsdienst   | Außenbereich; Wochenende<br>(Sa./So.) und abends –<br>gemeinsame Kontrolle > Thema<br>Sicherheit                                     |
| Drucksache<br>2018/200 | Teilhaushalt 5 KESS – Städtepartnerschaften /<br>Kulturveranstaltungen Personal intern<br>umschichten        | Einsparung 38 TEUR jährlich  |
| Drucksache<br>2018/200 | Teilhaushalt 6 Planungsamt -Fördergelder<br>Bearbeitung bei Wirtschaftsförderer andocken                     | Entlastet, da Breitband<br>verlagert wurde; außerdem<br>kommt Citymanager zur<br>Entlastung und<br>Neustrukturierung der<br>Aufgaben |
| Stadtwerke:            | Farbliche Gestaltung Altstadt-TG, evtl. auch<br>über Kunst-AG Schulen, Grafitti Kurse<br>Jugendhaus /Polizei | Bessere Wiedererkennung<br>erzielen  |
|                        |  |  |
| <b>P-Ausschuss:</b>    |  |  |
|                        | Steg zwischen Stadthalle und BüZe sanieren im<br>Zusammenhang mit Programm „Zukunft<br>Stadtgrün SGP“        | Brücke uneben für Nutzer von<br>Rollator, Rollstuhl; Personen<br>mit Einschränkungen   |
|                        | Optimierung Verkehrsfluss Höfingen Bereich<br>Pforzheimer Str., Altes Rathaus, Kurfiss Areal                 | Rückstau Pforzheimer Str,<br>Hirschlanderstr.  |
|                        | Querungshilfen/Inseln Höfingen<br>Hirschlanderstr. beim Friedhof / Samariterstift                            | Reduzierung Geschwindigkeit,<br>Sicherheit   |
|                        | 2 Beleuchtungskörper austauschen LED<br>Eselspfad – Treppe zum Sportplatz                                    | Helligkeit, Sicherheitsgefühl  |
|                        | Seniorengerechte Bänke u.a. bei Projekt<br>„Naturerlebnisraum Höfingertäle“                                  | In Abstimmung mit<br>Stadtseniorenrat  |
|                        | Belagsarbeiten Alte Dorfstr. Gebersheim<br>durchführen   | Straßenbaumaßnahme<br>Höfingen/Leonberg (Hang)<br>jetzt erst in 2020 geplant   |
|                        | Abwasserbeseitigung  | Im städtischen Haushalt<br>belassen  |
| Seite 196              | Investorenauswahlverfahren Berliner Str.<br>streichen  | Bisher kein Beschluss;<br>Einsparung 70 TEUR   |
| Seite 321              | Feuerwehr Warmbronn Planungsrate   | Sperrvermerk für 100 TEUR  |

## Haushalt 2019

|                      |   |   |
|----------------------|---|---|
| Seite 323            | Feuerwehr Warmbronn Planungskosten  | 20 TEUR streichen   |
| Seite 358            | JKG-Parkdeck abreißen, neue Parkmöglichkeiten unterirdisch schaffen + Wohnraum  | Städtische Wohnungen als Angebot bezahlbarer Wohnraum   |
| Seite 616            | Umgestaltung Carl-Schmincke-Str. vorziehen auf 2019 + Umgestaltung Querstraßen, Glemsstr. beim Backhäusle               | Unebenheiten, Sturzgefahr, Unfallgefahr   |
| Seite 648            | Sanierung Unterführung Belforter Platz zum Hallenbad vorziehen auf 2019. Abstimmen mit Programm „Zukunft Stadtgrün SGP“ | Aufwertung des Gesamtareals; Sicherheitsgefühl erhöhen  |
| Seite 686            | Baggergarage Waldfriedhof – Überprüfung, ob mit Fertiggarage machbar oder als Holzkonstruktion                          | Sperrvermerk - Einsparung von Planungskosten und Erstellungskosten                            |
| <b>Sonstiges:</b>    |   |   |
|                      | Optische Aufwertung der grauen Telekom-Kästen sowie Depotkästen der Post  | Mit Post und Telekom Kontakt aufnehmen  |
|                      |   |   |
| Noch offen aus 2018: | Verschönerung* Betonwand Breslauerstr. Richtung Rübezahlweg   | Vermeidung Graffiti/Schmierereien   |
|                      | Feier 3.Oktober mit Ehrenamtlichen <u>und Neubürgern in regelmäßigem Turnus ( 2-3 Jahre)</u>                            | Verlegen in Stadthalle ?<br>> Prüfauftrag   |
| Stadtwerke           | Altstadt-Tiefgarage vor Einfahrt Rotampel anbringen   | Bei Störungen rechtzeitiger Hinweis; Einfahrt bis zum geschlossenen Rollltor wird unterbunden |
|                      |   |   |
| Noch offen aus 2017: | Verschönerung* der Brücke am S-Bahnhof Höfingen   | Gespräche hierzu mit der Bahn erforderlich ?  |
|                      |   |   |
| Noch offen aus 2016: | Verschönerung* Übergang VHS Richtung Neuköllner/Ostertagstr.  | Abstimmung mit den Eigentümern war erforderlich   |

**\*Verschönerung = künstlerische Gestaltung**

**Stand: 6.11.2018**

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im  
Gemeinderat Leonberg 2018**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kaufmann,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bei dem uns vorliegenden Haushaltsplanentwurf handelt es sich um den 3. auf doppischer Grundlage. Alleine, was uns immer noch fehlt, ist die so genannte Eröffnungsbilanz; trotz wiederholter Mahnungen haben wir noch keine Wertaufstellung betreffend unseres Ausgangsvermögens.

Bemerkenswert ist zudem die Aussage der Verwaltung, vergleichbar zum vergangenen Jahr, dass um in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten die Aufgabenerfüllung sicherstellen zu können, im Rahmen eines strategischen Finanzmanagements Optimierungspotenzial aufgezeigt werden muss. Offensichtlich hat unsere Verwaltung insoweit schon resigniert. Wie sagte schon Manfred Rommel: „**Eine Daueraufgabe ist in der Praxis eine Aufgabe, die dauernd nicht erledigt wird.**“

Hier, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, vorrangig die Erträge und Einzahlungen eingehend zu betrachten, kann nicht die allein seligmachende Lösung sein.

Auch nach dem Kommunalwahljahr 2019 werden wir Freien Wähler uns für

die Stabilität der Steuersätze, insbesondere bei Grund- und Gewerbesteuer, einsetzen. Es wäre unserer Meinung nach verfehlt, Erhöhungen anzustreben, vor allem vor dem Hintergrund der derzeit brummenden Konjunktur und den damit einhergehenden gestiegenen Einnahmen der öffentlichen Hand.

Bereits seit Jahren wird von uns angemahnt, für schlechtere Zeiten Vorsorge zu treffen. Wer in guten Zeiten nicht vorsorgt, darf sich in schlechteren Zeiten nicht wundern, wenn keine Handlungsspielräume mehr bestehen.

Sofern es der Verwaltung ernst damit wäre, den Haushalt zu konsolidieren, wird sie nicht umhin können, selbst wenn dies unbequem ist, Einsparpotenziale aufzuzeigen.

Im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit wäre es durchaus sachgerecht gewesen, wie von der Verwaltungsspitze wiederholt angekündigt, Haushaltsansätze auch nur insoweit vorzuschlagen, wie diese umgesetzt werden können. Dazu müßte eine Priorisierung vorgenommen werden. Allein, der Haushaltsplanentwurf setzt dies nicht ansatzweise in die Tat um. Es wird weitergemacht, wie bisher.

Der uns vorgelegte Planentwurf ist geprägt von einer Netto- Neuverschuldung i.H.v. fast 16 Mio €; ein Haushaltsausgleich ist wiederum nur durch die Generierung außerordentlicher Erträge, konkret Grundstücksverkäufen, vorgesehen. Ob eine solche Maßnahme für den Folgezeitraum noch ausreichend sein wird, ist zweifelhaft.

Die Vernunft sagt, dass bei der guten Konjunktur eigentlich Schulden getilgt werden müssten, mindestens jedoch keine Neuverschuldung erfolgen sollte. In Anbetracht der Finanzlage und der Verschuldung der Stadt, insbesondere der Verschiebung etwaiger Konsolidierung in die Zukunft, können wir uns keinen Doppelhaushalt vorstellen.

Ob eine von der Verwaltung vorgeschlagene Ausgliederung der Abwasserwirtschaft in die Stadtwerke tatsächlich Konsolidierungspotenziale aufzeigt, ist fragwürdig. Der bloße Verweis darauf, dass es andere Kommunen auch so machen würden und im Rahmen eines steuerlichen Querverbands möglicherweise Einnahmepotenziale erschlossen werden können, richtet sich eher an die emotionale Ebene. Um hier fachgerecht und auf einer tatsächlichen Grundlage entscheiden zu können, wären jedoch Vergleichszahlen und Modellrechnungen notwendig. Zudem liegt uns bislang noch nicht einmal der Jahresabschluss der Stadtwerke für das Jahr 2017 vor. Es kann nicht Ziel sein, durch Ausnutzung der Monopolstellung bei Wasser und Abwasser, Gewinne zu erwirtschaften.

Der Aufwand für die Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr wird sich 2019 planmäßig auf ca. 19 Millionen € belaufen, wiederum 0,7 Millionen € mehr als letztes Jahr. Diese zusätzlichen Kosten werden auch nicht durch Transferzahlungen des Bundes ausgeglichen, der für die Kommunen diese zusätzliche Pflichtaufgabe geschaffen hat. Es ist einfach, etwas zu beschließen und

es andere bezahlen zu lassen; man darf sich dann jedoch nicht über eine gewisse Grundunzufriedenheit wundern.

### **Stadtentwicklung/Infrastruktur**

Es ist höchste Zeit, einen Masterplan 2040, und die Fortentwicklung des Flächennutzungsplanes was die Themen Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur anbelangt, zu erarbeiten.

Die Stadt wird demnächst die 50.000 Einwohnergrenze überschreiten.

Grundlegend gilt es die Frage zu beantworten: Wieweit wollen wir wachsen, und wenn ja, wo wollen wir wachsen, welche Konsequenzen hat das eventuelle Wachstum für unsere Infrastruktur und die Verkehrs- und Luft- bzw. Lärmbelastung.

Klar muss aber auch sein, wie bereits Manfred Rommel zutreffend sagte, dass „das einzige Haus ohne Flächenverbrauch das Luftschloss“ ist.

In Anbetracht der ökologischen Wertigkeit und der Funktion als grüne Lunge der Stadt, was gerade im Hitzejahr 2018 besonders deutlich wurde, sind wir gegen eine Bebauung des Stadtparks zu Wohnzwecken.

Bezahlbarer Wohnraum, für den unstrittig ein Bedarf vorhanden ist, sehen wir beispielsweise in Form von Geschosswohnungsbau auf Flächen östlich des Krankenhauses. Hier ist der Landkreis Grundeigentümer.

Bei der Schaffung von Bauplanungsrecht darf jedoch nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, der Fehler gemacht werden, dass

öffentliche Nutzungen, derart restriktiv festgeschrieben werden, dass selbst eine nur mäßige Änderung die Durchführung eines erneuten Bebauungsplanverfahrens erforderlich macht.

Im Übrigen warten wir immer noch auf den vor ungefähr einem dreiviertel Jahr seitens der Verwaltung zugesagten Bericht, welche von den uns vorgeschlagenen weiteren Flächen für den Bedarf des bezahlbaren Wohnraums weiter verfolgt werden können.

Zudem wäre es an der Zeit, einen Kriterienkatalog für den Verkauf von bezahlbarem Wohnraum bzw. der entsprechenden Grundstücksfläche aufzustellen.

Außer im Bereich der Überplanung von Flächen kann ein bezahlbares Wohnen durch den jeweiligen Bauherrn in der Realisierung von Holzsystembauten umgesetzt werden.

Denkbar wäre zudem ein genossenschaftliches Modell nach österreichischem Vorbild, wo den künftigen Bewohnern nach gewissen Mietfristen die Option zum käuflichen Erwerb der genutzten Wohnung unter anteiliger Verrechnung der bezahlten Miete ermöglicht wird. Zur Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen wäre jedoch der Gesetzgeber gefordert. Wir hatten bereits letztes Jahr die Fläche der alten Schuhfabrik vorgeschlagen. Selbst wenn man unserem Vorschlag skeptisch gegenübersteht, so müssen hier fachliche Untersuchungen und Vergleichsüberlegungen im

Hinblick auf Sanierung bzw. Neubau angestellt werden. Eine Sanierung wäre für uns allenfalls denkbar, wenn die Immobilie von der Statik her auch aufgestockt werden könnte. Zu diesem Zweck beantragen wir die Einstellung einer Planungsrate in Höhe von Euro 50.000 in den Haushalt.

## **Schulen**

Grundsätzlich ist es richtig, hier einen Zeitplan für Erneuerungs- und Modernisierungsmaßnahmen nach Dringlichkeitsgesichtspunkten zu erstellen.

Aufgrund der kürzlich stattgefundenen Schulbegehungen sind wir jedoch zur Auffassung gelangt, dass es fraglich ist, ob die Sanierung der Gerhart-Hauptmann-Realschule sinnhaft ist. Hier sind konkrete Maßnahmen, insbesondere die Fassaden- und Fenstersanierung im aktuellen Haushaltsplanentwurf eingestellt. Insgesamt sehen wir die Voraussetzungen für eine Generalsanierung als gegeben. Wenn jedoch ein Neubau günstiger wäre, so ist diesem der Vorzug zu geben. Wir beantragen daher anstelle der Vergabe der Fassadensanierung die grundsätzliche Überprüfung im Hinblick auf die Sanierungswürdigkeit des Gebäudes, wobei diese Maßnahme dann jedoch nicht als Einzelmaßnahme, sondern im Gesamtkontext eines Schulcampus zu sehen ist.

Wie die Verwaltung bereits eingeräumt hat, benötigt die Stadt in absehbarer Zeit aufgrund der demographischen Entwicklung eine zusätzliche Schule.

Zweckmäßigerweise sollte diese ebenfalls auf dem Areal im Bereich der Gerhart-Hauptmann Straße/ Lindenstraße errichtet werden. Bei Errichtung der neuen Schule im Bereich des Schulcampus könnte dann gegebenenfalls auf eine Interimslösung für die Gerhart- Hauptmann- Realschule verzichtet werden.

In der mittelfristigen Finanzplanung ist für Gebersheim ein Anbau von 2 Klassenzimmern an die Grundschule sowie einer 6. Kindergartengruppe für das Jahr 2021 eingestellt; da die entsprechenden Erweiterungsmöglichkeiten im Jahr 2021 wohl bereits benötigt werden, sind diese Planungen vorzuziehen.

### **Altes Rathaus /Marktplatz/ Parkhaus Marktplatz/Wochenmarkt**

Die Belebung des Marktplatzes gehört zum Aufgabenbereich des neuen City-Managers. Im Hinblick auf das Parkhaus am Marktplatz ist es unabdingbar, dieses heller, freundlicher und sauberer zu gestalten; erheblicher Nachbesserungsbedarf besteht im Bereich des Eingangs Hirschbrunnen. Das alte Rathaus sollte auch künftig zu Verwaltungszwecken genutzt werden. Dies bringt dem Marktplatz eine gewisse Kundenfrequenz. Eine Verlegung des Samstags-Wochenmarktes von der Steinstraße an den Marktplatz sehen wir kritisch. Sowohl die schiefe Ebene, wie auch die begrenzten Aufstellungs- und Parkmöglichkeiten für Marktbesucher und die Tatsache, dass größere Einkäufe von den Kunden umständlich und weit zu transportieren wären,

sprechen dagegen.

## **Verkehr**

Wir sind zuversichtlich, dass, nachdem nunmehr ein Förderbescheid vorliegt, der von uns seit langem geforderte Verkehrsrechner beschafft wird.

Bei innerörtlichen Bauleitplanungen sind verkehrliche Aspekte integral mit zu untersuchen. Im Bereich des Brückenschlages hatten wir dies bereits von Anfang an beantragt, jedoch keine Mehrheit gefunden. Eine Verbesserung des innerörtlichen Verkehrs lässt sich durch das Ignorieren der Verkehrsströme jedoch nicht erzielen. Vor diesem Hintergrund beantragen wir, die im Haushalt eingestellten Mittel für den Gestaltungswettbewerb des Bereichs Eltinger Straße zu streichen. Es ist vorab die nunmehr zugesagte Verkehrsuntersuchung durchzuführen. Die Frage der Gestaltung und damit der Durchführung eines Gestaltungswettbewerbs ist abhängig vom Ausgang der verkehrlichen Untersuchung.

Die künftige Gestaltung des innerstädtischen ÖPNV wird uns mit ca. 300.000 € jährlich zusätzlich belasten. Bevor wir über eine Seilbahn nachdenken und bei unserer Finanzsituation dafür Geld ausgeben, sollten zunächst Erfahrungen mit der Umgestaltung des ÖPNV und der Buslinien gemacht werden. Im Bereich der alternativen Mobilität versprechen wir uns für die Zukunft eine Entlastung durch die Umsetzung des autonomen Fahrens.

Möglicherweise kann uns ein in der Stadt ansässiges Weltunternehmen Lösungsansätze aufzeigen. Eine innerörtliche Teststrecke könnte zu beiderseitigem Nutzen umgesetzt werden.

Der Autobahn-West-Anschluss befindet sich derzeit bereits an der Kapazitätsgrenze. Sobald hier Verkehrsoptimierungen in der Nachbarstadt Renningen beim Lückenschluss erfolgen, ist auch am Westanschluss mit einer Zunahme des Verkehrs zu rechnen. Die Verwaltung wird beauftragt, sich zur Entwicklung geeigneter Bewältigungsstrategien mit dem Straßenbaulastträger in Verbindung zu setzen.

In den Ortsdurchfahrten der Teilorte beantragen wir die Einführung einer Tempobegrenzung auf max. 40 Km/H.

Ein Aufschub der Straßensanierung der Landesstraße zwischen Leonberg und Höfingen auf 2020 ist inakzeptabel. Der Straßenbaulastträger möge zeitnah für die Herstellung einer angemessenen Straßenverbindung Sorge tragen.

### **Krankenhaus**

Wir begrüßen ausdrücklich die Besetzung der Chefarztstelle der Gynäkologie. Wichtig ist jedoch zudem, dass die in Aussicht gestellten Investitionen tatsächlich umgesetzt werden. Dies werden wir auch künftig wachsam verfolgen.

## **Verschiedenes**

- Wir anerkennen die Bedeutung des Ehrenamtes und bringen den Ehrenamtlichen Wertschätzung entgegen. Die Vereinsförderung soll im Rahmen der bestehenden Vereinsförderrichtlinien fortgesetzt werden.
- Für unsere älteren Mitbürger beantragen wir die Einstellung eines Betrages in Höhe von Euro 20.000,-- in den Haushalt zur Aufstellung seniorengerechter Sitzmöglichkeiten im Stadtgebiet. Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass sukzessive auch Bushaltestellen im Bereich der Stadt alters- und behindertengerecht umgestaltet werden. Mit der Erweiterung und Umstellung des Angebotes betreffend des ÖPNV soll sämtlichen Bewohnern und Besuchern dieser Stadt ein verbessertes Angebot zur Verfügung gestellt werden. Digitale Fahrplananzeigen werden zudem die Orientierung erleichtern.

Weiter werden wir uns bei den zuständigen Stellen für die Einrichtung zusätzlicher Kurzzeitpflegeplätze einsetzen. Gerade ältere Mitbürger, deren Lebensleistung zu unser aller Wohle beigetragen hat, sollen im Alter nicht aus der Stadt gedrängt werden.

Auch in den Teilorten ist der Bedarf für betreutes Wohnen zu decken.

- Die Verwaltung möge darauf hinwirken, dass der Ersatz für die Hauptpost mit den bürgernahen Dienstleistungen zentrumsnah geschaffen wird.
- Die Verwaltung hat im Haushaltsplanentwurf Euro 225.000,-- für die EDV –

Vernetzung Rechenzentrum (Backup IT) im Bereich der Feuerwache eingestellt. Solange die Zukunft des Gebäudes nicht abschließend geklärt ist, beantragen wir insoweit einen Sperrvermerk.

- Für die nahezu neuesten Kindergärten im Stadtgebiet (Warmbronn, am Stadtpark) möchte die Verwaltung Klimaanlage nachrüsten. Auch insoweit beantragen wir einen Sperrvermerk, gegebenenfalls mögen jeweils Fensterflächen an den Ost- und Südseiten mit infrarotreflektierender Folie anstelle des Einbaus von Klimaanlage nachgerüstet werden.

-ÖZE/Kindergarten/Mensa: Für die entsprechenden Baumaßnahmen hatte die Verwaltung seit längerem Planungsalternativen zugesagt; diese sind im Hinblick auf die notwendigen weiteren Entscheidungen und Umsetzung von Baumaßnahmen zeitnah vorzulegen.

- Die Schwarznussbäume im Bereich Ezach sind sukzessive durch pflegeleichte, somit kostensparende Bäume mit Pfahlwurzel, zu ersetzen.

- Die Mittel für die Neustrukturierung der alten Autobahntrasse sind mit einem Sperrvermerk zu versehen.

- Wir haben Zweifel an der Korrektheit der in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Personalkosten. Die Kostensteigerung hat von 2017-2019 15 % betragen und ist für den Zeitraum 2020-2022 mit 6 % eingeplant.

Wir brauchen bereits vor dem Hintergrund weiterer Kindertageseinrichtungen mehr Personal.

- Muss die Stadt Leonberg Mitglied im Deutschen Verband für Post und Telekommunikation e.V. sein? Wir bitten insofern um Erläuterung und gegebenenfalls Einsparung.
- Um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, insbesondere im Bereich des Stadtparks, zu genügen, bitten wir die Verwaltung zu klären, ob von Vollzugspolizei und städtischem Vollzugsdienst gemeinsame Fußstreifen stattfinden können.
- Unverständlich ist für uns die Absicht der Verwaltung, das Hallenbad während der Sanierungsphase des Leobades im Sommer 2019 für 4 - 6 Wochen zu schließen und während der Öffnungszeiten montags nur für Schul- und Vereinssport zu öffnen. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass das Hallenbad im Sommer die Öffnungszeiten des Leobades kompensieren sollte.

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich bei Ihnen im Namen der Fraktion der Freien Wähler für Ihre Aufmerksamkeit sowie die konstruktive, mitunter auch kritische Begleitung unserer Vorschläge und Anträge bedanken. Der Verwaltung, insbesondere der Kämmereiamtsleiterin, Frau Gräter, danke ich für die Erstellung des Planentwurfes.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender.

## **Anlage zur kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum Haushalt 2019/Stadt Leonberg**

- Haushaltskonsolidierung: Erarbeitung von Einsparpotenzialen durch die Verwaltung
- Haushaltsansätze an der (zeitlichen)Umsetzbarkeit orientieren; hierzu Priorisierung
- Masterplan 2040, auf dieser Grundlage Fortschreibung des Flächennutzungsplanes
- keine Bebauung des Stadtparks zu Wohnzwecken
- Vorlage des Berichts über mögliche Flächenentwicklung für den Bedarf des bezahlbaren Wohnraums
- Alte Schuhfabrik: Kostenerhebung und Vergleich Sanierung/ Neubau/Aufstockung; Einstellung einer Planungsrate in Höhe von Euro 50.000
- Gerhart-Hauptmann-Realschule: Überprüfung der Sanierungswürdigkeit
- Standort einer zusätzlichen Schule im Bereich Gerhart-Hauptmann- Straße/Lindenstraße
- Vorziehen der Planung Erweiterung Grundschule und Kindergartengruppe Gebersheim
- Parkhaus Marktplatz: Umgestaltung
- Altes Rathaus: Weiterhin Verwaltungsstandort
- Samstags – Wochenmarkt: Verbleib an der Steinstraße
- Integrale Mituntersuchung verkehrlicher Aspekte und Emissionen/Auswirkungen bei innerörtlichen Bauleitplanungen
- derzeit kein Gestaltungswettbewerb für den Bereich Eltinger Straße; Streichung des Mittelansatzes
- keine Seilbahnuntersuchung
- Steigerung der Leistungsfähigkeit des Westanschlusses durch den Straßenbaulastträger
- Ortsdurchfahrten der Teilorte: Begrenzung der Geschwindigkeit auf max. 40 Km/H
- zeitnahe Wiederherstellung einer funktionsfähigen Landesstraße zwischen Leonberg und Höfingen
- Fortführung der Vereinsförderung im Rahmen der bestehenden Förderrichtlinien
- Aufstellung seniorengerechter Sitzmöglichkeiten, Planansatz EUR 20.000,--
- Schaffung des Planungsrechts für die Errichtung von Wohnungen für betreutes Wohnen, auch in den Teilorten
- Bemühen um Verbleib der Postdienstleistungen in der Stadtmitte
- Sperrvermerk für die EDV – Vernetzung Rechenzentrum, Feuerwache
- Sperrvermerk Klimaanlagennachrüstung Kindergärten Warmbronn und am Stadtpark, statt dessen erforderlichenfalls Nachrüstung der jeweils südlichen und östlichen Fensterflächen mit infrarotreflektierender Folie
- ÖZE/Kindergarten/Mensa: Vorlage der zugesagten Planungsalternativen
- sukzessiver Ersatz von Schwarznussbäumen im Bereich Ezach durch pflegeleichte Bäume
- Sperrvermerk Neustrukturierung der alten Autobahntrasse
- Überprüfung der Personalkosten in der mittelfristigen Finanzplanung
- Prüfung, gegebenenfalls Kündigung der Mitgliedschaft im Deutschen Verband für Post und Telekommunikation e.V.

- Abklärung, ob gemeinsame Fußstreifen zwischen Landespolizei und städtischem Vollzugsdienst durchgeführt werden können
- Anpassung der Öffnungszeiten des Hallenbades während der Sanierungsphase des Leobades; keine Schließung des Hallenbades im Sommer 2019; keine Reservierung der Montags-Öffnungszeiten während der Umbauphase nur für den Schul-/Vereinssport
- Erstellung einer Giebel-Beleuchtung im Bereich Carl-Schmincke- Straße
- kein Denkmalschutz für Stadthalle und Bürgerplatz
- für die Parkierung im Bereich des S-Bahnhofes Höfingen (park and ride) und beim Bädle sehen wir dringenden Erweiterungsbedarf
- das Sümak-Areal ist einer angemessenen Nutzung zuzuführen; die Verwaltungsspitze möge hierzu ein Konzept aufstellen und zum Eigentümer Kontakt aufnehmen
- Busverbindung Warmbronn – Universität Stuttgart Vaihingen muss beibehalten werden
- Einstellung von Euro 20.000,-- für die Sanierung des Treppenaufganges Friedhof, Kirche in Gebersheim
- Einstellung von Euro 10.000,-- für die Befestigung eines Teilstückes des Feldweges Friedhof Gebersheim bis Hummelberg -Pumpstation, damit der Parkplatz am Friedhof für Wohnmobile und Lkw gesperrt werden kann.

## **Kommunalpolitische Erklärung der SPD Fraktion am 06.11.2018**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kaufmann,  
Herren Bürgermeister Dr. Vonderheid und Brenner,  
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe  
Kolleginnen und Kollegen,

an einer Stelle unterscheidet sich der vorliegende  
Haushaltsplan prägnant von seinen Vorgängern in den  
letzten Jahren: Die prognostizierten  
Einnahmenezuwächse von 7,4 Mio.€ sind höher als die  
Ausgabensteigerungen von „nur“ 7 Mio.€.- zumindest  
jetzt noch im Vorfeld der Kommunalpolitischen  
Erklärungen. Ansonsten ergibt sich aber das gewohnte  
Bild: Der Haushaltsausgleich gelingt nur über  
Sonderergebnisse, somit kann ich Sie auch nicht mit  
meiner alljährlichen Warnung vor der Problematik  
laufender zusätzlicher Folgekosten verschonen.

Etwas verwundert sind wir darüber, dass erneut  
Investitionen von über 43 Mio. € geplant werden,  
obwohl klar ist, dass dies überhaupt nicht funktionieren  
kann. 2018 werden davon gerade 2/3 realisiert. Dies  
spricht nicht gerade für die Aussagekraft des  
vorliegenden Planes und der damit verbundenen  
Neuverschuldung.

Was uns auch stört, ist, dass weiterhin die Eröffnungsbilanz 2017 nicht vorliegt und die Beschlussfassung darüber recht vage „voraussichtlich“ in 2019“ erfolgen soll. Damit fühlen wir fühlen uns nicht sonderlich wohl.

Meine Damen und Herren, Thomas Kiwitt, der Technische Direktor des Verbandes Region Stuttgart, hat es kürzlich etwas überspitzt formuliert: „Wir dürfen nicht die Normalverdiener aus den Städten herausmobben“. Mobbing – so weit wollen wir nicht gehen, denn dies unterstellt ja böswillige Absicht. Ich denke eher, dass Manche den dramatischen Handlungsdruck, weiterhin einfach nicht erkennen *wollen* und hoffen, das regelt sich schon irgendwie wieder von selbst.

Wie ist es sonst zu erklären, sehr geehrter Herr Brenner, dass es die Verwaltung binnen 11 Monaten nicht geschafft hat, dem Gemeinderat eine Auflistung über Entwicklungspotenziale für **Bezahlbaren Wohnraum** vorzulegen? Und ohne die geht`s halt nicht.

Es ist ein frommer Wunsch zu glauben, mit der Schließung von Baulücken im Innenbereich und dem Verzicht auf wenigstens maßvollen

Geschoßwohnungsbau könne man der Knappheit von bezahlbaren Wohnungen Herr werden.

Auch die vage Hoffnung, dass ältere Menschen ihr Einfamilienhaus zu einem vergünstigen Preis verkaufen und dafür dann eine hochpreisige 2-Zimmer-Wohnung im Stohrerpark erwerben, die deckt sich nicht mit unserer Lebenswirklichkeit.

Und ob der „Untere Schützenrain“ schnell umsetzbar ist und sich gut für Geschoßwohnungsbau eignet – auch da haben wir große Zweifel.

Ein eifriger Kollege hat kürzlich dargestellt, dass in der Kernstadt 975 neue Wohneinheiten entstehen. Wir haben nachgerechnet: davon entfallen grade mal 70-75 auf bezahlbares Wohnen. Das sind 7%, bei weitem nicht die angestrebten 25%. Davon sind bislang umgesetzt: 0,0! Das regelmäßige Wiederholen, wie viel gebaut wird, erhöht die Anzahl der bezahlbaren Wohnungen halt leider nicht.

Genauso ärgerlich ist – trotz eines vorhandenen Grundsatzbeschlusses- bei jedem neuen Vorhaben, wie jetzt in Warmbronn, diesen erneut in Frage zu stellen – oder ganz perfide: bezahlbares Wohnen und Kinderbetreuung gegeneinander auszuspielen.

Nachdem es uns die Denkmalbehörde nun „Schwarz auf Weiß“ gegeben hat, was zum Stadtpark gehört und was nicht: **\*Wir beantragen auf der knapp 3 ha großen nicht gepflegten Grünfläche zwischen Stadtpark und Berliner Str. ein Areal von 1-max. 1,5 ha für Wohnbebauung vorzusehen\*.**

**\*Darüber hinaus soll auch das Gebiet „Hasensaul“ beim Krankenhaus entwickelt werden. Für beide Maßnahmen sind Planungsraten von 100.000 € einzustellen\*.** Hasensaul ist im Flächennutzungsplan als „Liberofläche“ vorgesehen, wird in dieser Art aber nicht mehr benötigt. In einem ersten Schritt ist zu prüfen, mit welchen rechtlichen Mitteln sichergestellt werden kann, dass die Einflugschneise des Rettungshubschraubers auch bei einer Bebauung vor späteren Einsprüchen gesichert bleibt.

Wenn wir schon dort in der Gegend sind. Alle hier im Rat setzen sich vorbehaltlos für ein starkes **Krankenhaus** in Leonberg ein. Doch dessen Bestand hängt nicht nur von „leuchtturmartigen Chefärzten“ und einer wirtschaftlich sinnvollen Bettenzahl ab, sondern auch davon, ob ausreichend Pflegerinnen und Pfleger vorhanden sind.

Bitte erkundigen Sie sich doch mal, wie viele Betten in modernsten neu erbauten Häusern der Umgebung nicht belegt sind, weil es an Personalkapazitäten mangelt. Der Ärztliche Direktor des Klinikverbundes, Dr. Nötzel, hat bei der Feier zum 50-jährigen Bestehens unseres Krankenhauses an die anwesende Lokalpolitik appelliert: "Sorgen sie dafür, dass unser Pflegepersonal bezahlbare Wohnungen in Leonberg findet".

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die **Verkehrproblematik** in Leonberg ist ein vielschichtiges, komplexes Thema. Einige Maßnahmen sind angeschoben, beispielsweise die Verbesserung des Busverkehrs, das Parkleitsystem, ein neuer Verkehrsrechner, zahlreiche weitere Mosaiksteine müssen zusammengesetzt werden.

Leider dauert Vieles zu lange. Gerade aus diesem Grund haben wir uns für ein Stadtticket zu 1,40 € stark gemacht, weil dieses unbürokratisch mit etwas gutem Willen umgehend eingeführt werden könnte. **\*Wir fordern die Verwaltung auf, beim VVS erneut auf die sofortige Umsetzung zu drängen. Hierfür sind erneut die 5.000 € in den Haushaltsplan einzusetzen\*.**

Enttäuscht sind wir von der mangelnden Bereitschaft der örtlichen Polizeibehörde, gemeinsam mit der Stadt, das rechtskräftige LKW Durchfahrtsverbot wenigstens temporär zu kontrollieren. **\*Wir fordern daher die Verwaltungsspitze auf, dann eben beim Polizeipräsidium oder – noch besser – beim zuständigen Ministerium vorstellig zu werden\*.** Gesetzliche Regelungen zur Beschwichtigung der Bevölkerung, die dann fast täglich ungestraft missachtet werden, sind mit verantwortlich für die zunehmende Politikverdrossenheit!

Nicht nur zur Attraktivierung der Altstadt, sondern auch zur Entlastung des Parkplatzsuchverkehrs gehört, die sogenannte „Parkkaverne“ endlich in einen guten Zustand zu bringen. **\*Wir fordern die Verwaltung auf, im 1. Quartal 2019 eine Kostenplanung vorzulegen für die Sanierung und Modernisierung des Parkhauses inklusive der notwendigen laufenden Kosten für Unterhalt und Sauberkeit. Ein angemessener Betrag ist im Haushalt einzustellen.\***

Bei der Gelegenheit: warum gibt es am gesamten Marktplatz nur die 5 Fahrradständer vor und hinter dem Historischen Rathaus? Hier ist doch akuter Handlungsbedarf offensichtlich - aber nicht nur von

städtischer Seite. Oder brauchen wir dazu wirklich den Citymanager?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ist Leonberg eine dreckige Stadt? Die Antworten darauf sind so vielschichtig, wie die Hundehäufen entlang meiner Joggingstrecken. Leonberg ist möglicherweise an manchen Stellen in den letzten Jahren tatsächlich sauberer geworden, flächendeckend gilt das jedoch ganz sicher nicht.

Aber nun haben wir statt einer sogar 2 neue Kehrmaschinen, damit ist ein 1. Schritt wieder in die Richtung „mehr Sauberkeit“ eingeläutet - und ein guter Anlass zu überlegen, wie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Identität stiftende Strategie für mehr Sauberkeit in Leonberg aussehen könnte. Es gibt ja gute Beispiele, wie es gehen kann, im Ramtel und in Eltingen.

**\*Wir beantragen, für eine Sauberkeitsoffensive unter Einbindung von Bürgern und Baubetriebshof 50.000 € in den Haushaltsplan einzustellen\*.**

Das Leobad, bleibt wegen der millionenschweren Sanierung im kommenden Sommer geschlossen.

Die Arbeiten dort haben fast neun Wochen nach Ende der Badesaison - Stand heute Mittag - noch immer nicht begonnen.

Sehr geehrter Herr Brenner, Sie werden sich –nicht nur von uns - daran messen lassen müssen, ob wir im Sommer 2020 mit Bademütze schwimmen können oder stattdessen einen Bauhelm brauchen.

Das **Hallenbad** ist also im Sommer geöffnet. Was wollen wir damit erreichen? Eine reine Notlösung, so wie es die Verwaltung vorschlägt? Also montags für die Öffentlichkeit ganztägig geschlossen, freitags bis sonntags ab 18:00 Uhr geschlossen. Und als Krönung 4 Wochen im Sommer ganz zu. Dann wäre es (Achtung: Ironie!) besser, wir schließen alles und organisieren einen Shuttle Bus nach Sindelfingen.

Oder – und das ist unsere Intension - wollen wir zumindest den Leonbergern eine bestmögliche Alternative bieten? Also am Wochenende vielleicht sogar verlängerte Öffnungszeiten! Dazu gehört auch, über die Preisgestaltung bei der Tageskarte und beim Abendtarif im Sommer nachzudenken. Mit Schulen und Vereinen muss ein sinnvoller Kompromiss gefunden werden! Und wie steht es mit den angedachten Verbesserungen für die Gastronomie?

Was ist zur Erweiterung und Verschönerung der Außenbewirtschaftung vorgesehen? Was ist mit der Sonnenterrasse?

**\*Auf diese und weitere Fragen erwarten wir Antworten im Rahmen einer Beschlusdrucksache in der Sitzungsrunde im Januar 2019(!). Vorsorglich ist ein Betrag von (weiteren) 50.000 € im Haushalt vorzusehen\*.**

Herr Oberbürgermeister, Sie sind angetreten, die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher aufzustellen. Weiterhin dauern Prozesse häufig viel zu lange, vom Ziel, Bauanträge binnen 4 Wochen zu bearbeiten, sind wir meilenweit entfernt. Einfachere Anträge wiederum sollte die Bürgerschaft zunehmend auch online stellen können.

Überhaupt nicht bürgerfreundlich sind manche Rückmeldungen auf Mailanfragen. (*„...ich bin derzeit nicht ... zu erreichen. Ihre Nachricht wird ... nicht gelesen. Bitte wenden Sie sich in dringenden Fällen an meine Vertretung...“*) Hier sind Vertreter zu benennen, die sich *aktiv* um das Bürgeranliegen kümmern.

Im Rahmen dieser Kommunalpolitischen Erklärungen stellen die Fraktionen Anträge. Manche werden umgesetzt, wie der Radweg Leonberg-Warmbronn oder

die ÖPNV Klausur, bei anderen müssen wir gebetsmühlenhaft nachfragen, ob etwas passiert.

**\*Wir bitten, uns künftig Mitte des Jahres einen Statusbericht vorzulegen, aus dem der aktuelle Stand der Bearbeitung hervorgeht\***. Das verbessert den Überblick für die städtischen Führungskräfte und erleichtert uns die Arbeit erheblich.

Am 03. Oktober haben Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, in der Steinturnhalle tosenden Applaus von den Ehrenamtlichen für Ihre Ankündigung erhalten, der Baubetriebshof würde die Vereine künftig bei bedeutenden Veranstaltungen unterstützen.

Der Beschluss, den wir an dieser Stelle vor 1 Jahr beantragt haben, ist aber bis heute immer noch nicht gefasst, obwohl dessen Aufbereitung nun keine besonderen intellektuellen Ansprüche stellt. Von effizienter Arbeit kann da nicht die Rede sein.

Die Abteilung KESS hat sich darüber hinaus einfach geweigert, den von Vereinsvertretern gewünschten, vom Gemeinderat beschlossenen „Runden Tisch“ zur besseren Terminkoordinierung umzusetzen. Das ist respektlos und anmaßend.

Um noch einmal zu einem meiner Lieblingsthemen zurückzukommen – den steigenden **Folgekosten**.

Im personellen Bereich soll massiv aufgerüstet werden – und zwar eben nicht nur in der Kinderbetreuung.

**\*Dies wollen wir uns genau ansehen, daher beantragen wir Sperrvermerke an verschiedenen Positionen\*.**

Zur **Stadthalle** haben wir bereits alles gesagt, was zu sagen ist. Trotz unserer konstruktiven Vorschläge, getan hat sich strukturell nichts in den letzten Jahren. 2019 gelingt wohl der von uns prognostizierte Sprung über die Millionenhürde. Nein – nicht bei der Besucherzahl, sondern beim Verlust. Dem Wirtschaftsplan, und damit auch der Stellenerweiterung, werden wir so erneut nicht zustimmen.

Auf **eine Reihe weiterer Anträge** – neue und leider nicht erledigte- kann ich an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht ausführlich eingehen, wir haben diese in der Anlage (und auf [www.spd-fraktion-leonberg.de](http://www.spd-fraktion-leonberg.de)) formuliert. Stichworte sind u. a.: ein neues Gewerbegebiet, die Parksituation bei den Sportanlagen, der Schildbürgerstreich mit der Verkehrsführung im „Ezach 3“ etc.

Wichtig ist uns der **Dank** an Sie, Herr Oberbürgermeister, für das erste Jahr mit einigen zukunftsweisenden Initiativen und insbesondere für die offene und partnerschaftliche Zusammenarbeit, die wir bisher in diesem Gremium so nicht erlebt haben, sowie an die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Vielen Dank für's geduldige Zuhören.

Ottmar Pfitzenmaier

für die SPD Fraktion im Gemeinderat

*Hinweis an die Verwaltung: Anträge der SPD Fraktion sind mit \* versehen und fett gedruckt.*

### **Weitere Anträge zu dieser KPE:**

**\*Wir beantragen, bei folgenden Stellenausweitungen Sperrvermerke anzubringen:**

**Pressestelle Sachbearbeitung (50%)**

**Ordnungsamt Waffenrecht (50%)**

**KESS Städtepartnerschaften u. Kulturveranstaltungen (50%)**

**Bauamt Baukontrolleur (Erhöhung um 50%)**

## **Tiefbauamt Stadtentwässerung (5x100%+2x50%)\***

Das Areal in Eltingen um Sportgelände und Leobad wird in den nächsten beiden Jahren saniert und zukunftssträchtig ausgebaut. Es bietet sich an, die Parkplatzsituation zu optimieren: **\*Wir beantragen daher beim Parkplatz zwischen Leobad und den Sportplätzen die optisch unansehnlichen, wie ökologisch wenig nützlichen Flächen zwischen den Parkzonen neu zu konzipieren mit dem Ziel zusätzliche Parkmöglichkeiten zu schaffen. Im Hinblick auf das Entree der Stadt muss auch der Parkplatz an der Bruckenbachstr. endlich neu gestaltet werden. Für Beides ist ein angemessener Betrag in den Haushalt einzustellen\*.**

In Eltingen ist der Strassenbelag nicht nur in der Hindenburg-, sondern auch in der Bismarckstr. durch vielmalige „Flickschusterei“ in sehr schlechtem Zustand, was auch erhöhte Lärmwerte verursacht. **\*Für die Sanierung der Bismarckstr. ist ein angemessener Betrag in den Haushalt einzustellen\*.**

Das Gewerbegebiet Leo West ist nahezu voll belegt. Die Nachnutzung des SÜMAK Areals in Höfingen macht seit Jahren keine Fortschritte, auch die moderate Erweiterung der Gebiete „Pfad“, Höfingen, und in Gebersheim wird keine nennenswerte Entlastung bringen. **\*Wir beantragen daher, das aus für uns fadenscheinigen Gründen aus dem Flächennutzungsplan herausgenommene Gebiet „Schertlenswald“ wieder zu aktivieren\*.**

Bei der Gebühr für's Anwohnerparken ist Leonberg weit über's Ziel hinaus geschossen. Wir werden regelmäßig darauf angesprochen und gehen davon aus, dass zwischenzeitlich immer weniger Ausweise beantragt werden. **\*Daher beantragen wir erneut, die Reduzierung der jährlichen Gebühr von 100€ auf 50€. Der Haushaltsansatz ist um 12.500 € zu kürzen\***. Zum Vergleich: andere Städte liegen um die 30€.

Im Neubaugebiet Ezach 3 wurde für uns „aus heiterem Himmel“ auf einem Teilstück der vergleichsweise gut ausgebauten Ellwanger Str. eine Spielstrasse eingerichtet, obwohl dort auch der Linienbus verkehrt. Dies führte erwartungsgemäß zu Verlagerungen der Verkehrsströme in Nebenstrassen. **\*Wir beantragen, auf der gesamten Ellwanger Str. wieder eine Tempo 30 Zone einzuführen und die unsinnige Neuregelung im Lichtensteiner Weg zu entfernen\***

### **Nicht erledigte Anträge aus der KPE des vergangenen Jahres (in Kurzform):**

\*Vereinsveranstaltungen, die für die Stadt eine prägende Bedeutung haben und deren Durchführung besonders hohen Aufwand erfordern, sollen (z. B. vom Baubetriebshof) unterstützt werden. Kriterien hierfür sind festzulegen. *Sollten die im Haushaltsplan eingestellten 30T€ dafür nicht ausreichen, beantragen wir eine Aufstockung um 20 T€\**– SPD 08-

\*Das Fachamt soll im Rahmen eines „Runden Tisches“ (mind. 1x p.a.) dafür Sorge tragen, dass eine bessere Terminkoordination von Vereinsevents erfolgt\*–SPD 22-

\*Konzept im 1. Halbjahr vorlegen, wo preiswertes Bauland für junge Leonberger angeboten werden kann. Daran anschließend Kriterienkatalog zur Grundstücksvergabe entwickeln\*. – SPD 01/02-

\*Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs im Höfinger Täle\*. –SPD 18-

\*Konzept vorstellen, um KESS u. a. Bereiche effizienter zu organisieren.\*-SPD 09-

**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat Leonberg**

**Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplansenwurf für 2019**

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kaufmann,  
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

*Mehr Lebensqualität in Leonberg – wie kann der Weg von der autogerechten zur menschenfreundlichen Stadt funktionieren?*

Dies ist das Motto der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Haushaltsplanentwurf 2019.

Ein bedeutender Stadtplaner hat mal gesagt: Um herauszufinden, welche Lebensqualität eine Stadt besitzt, muss man sich nur umsehen. Sieht man Kinder auf der Straße und im Wohnumfeld? Sieht man ältere Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen?

Wenn dies so ist und sich Kinder und ältere Menschen sicher fühlen, dann ist die Stadt auf dem richtigen Weg. Dazu braucht es mehr als nur die Überlegung für einen sicheren Schulweg. Es bedarf der grundsätzlichen Antwort, wie Mobilität in den Städten zukünftig erfolgen soll. Mehr Fuß- und Radwege, besserer und attraktiverer ÖPNV, Leben in Quartieren und gute Infrastruktur, von den Ärzten bis zur Nahversorgung. Und ganz wichtig: die Vision, wo es hingehet, in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger.

Und wo bei diesem Prozess unsere Stadt Leonberg steht, wollen wir anhand einiger Eckpunkte im Haushalt 2019 skizzieren.

## 1. Der kommunale Haushalt

Die kommunalen Einnahmen sind auf einem hohen Niveau. Die Gewerbesteuererinnahmen bleiben über die letzten Jahre in stabiler Höhe von ca. 28 Millionen Euro. Im Gegensatz dazu sind die Einnahmen aus der Einkommenssteuer rasant auf 41 Millionen ansteigend. Das heißt, der Haushalt wird ganz wesentlich von der guten konjunkturellen Lage mit sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen getragen. Dies spiegelt sich auch in den Strukturdaten der Region Stuttgart. Rund 2/3 der Menschen in der Region sind im Dienstleistungssektor tätig. Allerdings ist die Wertschöpfung je Erwerbstätigem im Produzierenden Gewerbe deutlich höher als auf dem Dienstleistungssektor. Die Region Stuttgart - und das trifft auch auf den Kreis Böblingen zu – ist somit als Dienstleistungswirtschaft um den industriellen Kern zu beschreiben. Für die Entwicklung in Leonberg mit nur wenigen Optionen für künftige Gewerbegebiete kann dies nur bedeuten: Sicherung und Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze insbesondere im Dienstleistungsbereich. Wobei ich hier auch BOSCH, GEZE oder LEWA als Global Player bewusst einschließe. Ebenso den starken Mittelstand und das Handwerk in der Stadt.

Leonberg hat ein strukturelles Problem, das betonen wir seit Jahren in unseren Haushaltsreden. Und das trifft auch für diesen Haushalt 2019 wieder zu. Auf der einen Seite die gerade beschriebene gute Einnahmensituation aus Gewerbesteuer und Einkommenssteueranteil und auf der anderen Seite den Schuldenberg, der Investitionsentscheidungen massiv einschränkt.

Und dieser auch noch ansteigende Schuldenstand ist ein Sprengsatz.

Konjunkturelle Einnahmenrückgänge oder ein Anstieg des Zinsniveaus werden zukünftige Haushalte nicht mehr genehmigungsfähig machen. Und für einen Haushälter ist es eine Binsenweisheit: in guten Jahren werden die Schulden getilgt und die Haushalte stabil für die Zukunft gemacht.

Hier passiert in Leonberg leider genau das Gegenteil. In Baden-Württemberg konnten die Kommunen den Schuldenstand im letzten Jahr um 4% verringern. Bei 68% aller Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern ging die Verschuldung zurück. Nur bei 20% stiegen die Schulden, im Schnitt auf 774 Euro pro Kopf.

Wir schlagen daher vor, nach den Kommunalwahlen im nächsten Jahr mit dem neuen Gemeinderat eine Klausur zur mittelfristigen Finanzplanung durchzuführen. Ziel: Gewährleistung einer stabilen, verbesserten Haushaltssituation.

## **2. Jugend, Jugendbeteiligung und Schulen**

Der Ausbau der Kinderbetreuung und die Sanierung der Schulen haben in den vergangenen Haushalten immer einen Schwerpunkt von uns dargestellt. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz hat zu einer Änderung der Betreuungslandschaft geführt. Zudem kam die Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung, aber auch verstärkten Geburtenzuwachs.

Dies wirkt sich natürlich auch auf die notwendigen Investitionen im Bereich Kinderbetreuung und Schulen aus. Bei den Investitionen sollte aber auch in die Zukunft gedacht werden, so könnten KiTa´s räumlich an Schulen angedockt werden, damit Räume bei Bedarf umgewidmet werden können.

Im letzten Haushalt haben wir uns fraktionsübergreifend für eine stärkere Beteiligung der Jugend ausgesprochen. Wir müssen feststellen, diese Jugendbeteiligung hat das Unverständnis und die Frustration bei einigen Jugendlichen eher verstärkt. Schon alleine aus organisatorischen Mängeln ist die Beteiligungsmöglichkeit bei Jugendlichen eher schlecht angekommen. Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung die Jugendbeteiligung zukünftig professionell angeht. Wir wollen als GRÜNE die Ideen der Jugend aufgreifen und diese in die Kommunalpolitik einmünden lassen.

### **Schule und Digitalisierung**

Internet, Smartphone & Co haben unsere Gesellschaft verändert. Es ist eine Entwicklung, die erst am Anfang steht und deren Zukunft unklar ist. Unter dem schillernden Begriff „Digitalisierung“ unterliegen alle unsere Lebensfelder einem Umbruch. Die Landesregierung will die Kommunen unterstützen und das Thema Digitalisierung und Schule voranbringen. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung von Wissen für Schülerinnen und Schüler. Vielmehr geht es auch um die sinnvolle Hard- und Softwareausrüstung und mögliche Kooperationen. Es macht wenig Sinn, wenn jede Schule die EDV-Ausrüstung in Eigenregie organisiert. Das kann auch zentral auf Ebene des Schulträgers – also der Stadt – organisiert werden. Wir wollen die seit Oktober dieses Jahres existierende Stelle zur Unterstützung der Schulen beim Thema Digitalisierung aufstocken. Dazu soll die von der Verwaltung eingebrachte Aufstockung der Pressestelle um 50 % zunächst für die Digitalisierungsstelle verwendet werden.

### **3. Grün in der Stadt**

Unsere Vision ist sonnenklar: je mehr grün, desto besser für die Stadt! Die angestrebte Grünzonenplanung halten wir für eine wichtige Maßnahme. Wir unterstützen auch den Vorschlag von NABU und BUND, eine grüne Querungshilfe in der Breslauer Straße im Bereich der alten Autobahntrasse zu planen.

Der Lärmaktionsplan braucht mehr Unterstützung. Deshalb wollen wir eine gezielte Bürgerinformation für die betroffenen Gebäudebesitzer in der Stadt.

Auch wollen wir, dass die Stadt Überlegungen für eine Beteiligung an der Internationalen Bauausstellung IBA 2027 anstellt.

Wir wollen, dass auch Leonberg einen aktiven Anteil bei der Energiewende und dem Klimaschutz übernimmt. Stadtwerke bzw. Leo-Energie sollen mittelfristig die Schnittstelle für Nahwärmeversorgung und weitere Dienstleistungen z.B. auch bei der Breitbandversorgung sein. Wie auch im letzten Haushalt wollen wir eine Nahwärmekonzeption aus einem Guss anregen. Noch gibt es für diese Planungen hohe Zuschüsse, die aber wohl bald einer verbindlichen Vorgabe entfallen.

Die Planungen für eine 4. Reinigungsstufe für Spurenstoffe und die Rückgewinnung der endlichen Ressource Phosphor hatten wir im letzten Haushalt angeregt und soll nun umgesetzt werden. Ein richtiger Schritt.

Das Thema des dramatischen Rückgangs der Insektenpopulation wollen wir in Leonberg ebenfalls angehen. Leonberg muss bunter werden: Blühstreifen in der Stadt sollen nicht nur den Bienen Nahrung und Lebensraum geben, sondern auch das Stadtbild verschönern.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Murschel hat es eingangs erläutert:

Wie Mobilität in den Städten zukünftig erfolgen soll, bedarf einer grundsätzlichen Antwort. Das ist eine der großen Herausforderungen für unsere Stadt.

Immer mehr leidet Leonberg unter dem zunehmenden Verkehr. Das Thema überrollt uns und nicht erst in letzter Zeit. Einiges wurde umgesetzt oder wird diskutiert, z.B. Verbesserungen beim ÖPNV, Einführung des Dienstradleasings, ÖPNV-Fahrtkostenzuschüsse für die MitarbeiterInnen, der Ausbau barrierefreier Haltestel-

len, die Teilnahme an der Regionalen Mobilitätsplattform oder auch die Umgestaltung des Bahnhofes.

### **Nachhaltige Mobilität**

Aber: wir müssen weitere Maßnahmen im Bereich nachhaltige Mobilität auf den Weg bringen. Genannt sei hier z.B. der interfraktionelle Antrag für den Test eines autonom fahrenden Shuttle-Busses (sicher auch kostengünstiger als eine Seilbahn). Wir müssen noch beherzter den ÖPNV ausbauen, wir müssen unseren Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) umbauen und z.B. bessere Wartehäuschen für die NutzerInnen (seit einiger Zeit ja auch Fernbus-NutzerInnen) bereit stellen, damit sie nicht im Regen stehen. Wir müssen das Car-Sharing noch mehr voranbringen und, und, und .... Zu diesen Themen muss es auch weitere Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen geben wie zuletzt beim Masterplan Luftreinhaltung.

Und wir müssen die BürgerInnen, die sich bereits engagieren (um in ihren Wohngebieten erhöhte Verkehrsbelastungen, Schleichverkehr und Raserei zu verhindern), verstärkt einbeziehen.

Dazu gehört z.B., dass die Stadt im Blosenbergtal die bestehenden Sperrflächen und Fahrbahnverengungen natürlich nicht zurückbaut. Dazu gehört, dass in der Schellingstraße ernsthaft eine Sackgassenregelung geprüft wird. Dazu gehört, dass in der Stuttgarter Straße, die nach ihrem Ausbau zum Rasen einlädt, Maßnahmen zur „Entschleunigung“ getroffen werden. Und dass dort z.B. eine zusätzliche Querungsmöglichkeit zwischen dem Kreisel am Golfplatz und dem Bildstöckle geschaffen wird. Hierzu haben wir auch einen Antrag gestellt.

Bei all diesen Punkten sind BürgerInnen aktiv und bringen sich mit ihren Ideen ein. Sie erwarten von der Stadt, dass alle Möglichkeiten zum Schutz der Fußgänger und Anwohner ausgeschöpft werden. Aber die engagierten BürgerInnen erleben die Stadt oftmals nur als bürokratisches Hindernis, Ideen werden spät oder gar nicht aufgegriffen, es werden keine Antworten auf Anfragen versandt. Dies muss sich dringend ändern. Ohne Leben keine Qualität. Diejenigen die hier leben, müssen mit ihren Lösungsansätzen ernst genommen werden.

### **Thema Radverkehr:**

Ich komme mir wirklich vor wie im Film „Und täglich grüßt das Murmeltier Nur, dass es bei uns – auch mit neuem OB - jährlich grüßt. Jedes Jahr werden Vorschläge ge-

bracht (basierend auf einem einstimmig verabschiedeten Radverkehrskonzept), diskutiert, jede/r weiß, dass sich dringend was ändern muss. Aber was ist stattdessen? In der Innenstadt, wo auch viele SchülerInnen unterwegs sind, ist die Situation nach wie vor total unbefriedigend. Und oft verschlimmert sie sich sogar noch. Als Beispiel sei hier der Bereich Hindenburg- / Stohrer- / Römerstraße / Gerhart–Hauptmann Straße genannt. Hier muss dringend etwas passieren, die Situation ist nicht nur für RadfahrerInnen unübersichtlich und gefährlich. Hierzu und noch zu weiteren Themen zum Radverkehr (Anbindung Kino, Radstreifen auf der Brennerstraße, ..) haben wir ebenfalls Anträge gestellt.

Beim Thema Verkehrsreduzierung in Leonberg gibt es sicher nicht den einen Lösungsansatz und es wird auch Mut brauchen, hier gegen zu steuern.

### **Abwasser und Wasser**

Dr. Vonderheid hat bei der Einbringung des Haushalts zum Thema Abwasser und Wasser auf die Gebührenstabilität hingewiesen. Wichtig ist aber auch die Gebühren-gerechtigkeit. Und ob dies mit einer Ausgliederung des Abwasserbereichs nach wie vor gegeben ist, werden wir diskutieren müssen. Wir werden uns mit der geplanten Ausgliederung jedenfalls sehr kritisch auseinandersetzen.

### **Leobad, Hallenbad**

Passend zum Thema Wasser: unsere Bäder.

Die Sanierung des Leobads muss mit noch höherer Priorität innerhalb der Stadtverwaltung verfolgt werden, der Zeitplan muss eingehalten werden. Leider haben wir unseren Puffer bereits durch den verspäteten Beginn der Arbeiten verbraucht. So kann es nicht weitergehen! Wir erwarten ein stärkeres Controlling der Zeitabläufe, damit die Badesaison im Jahr 2020 wie geplant wieder beginnen kann.

Wenn das Hallenbad adäquater Ersatz sein soll, kann nicht sein, dass es im Sommer 2019 für 3 - 4 Wochen wegen Wartungsarbeiten geschlossen wird und die im Winter üblichen Öffnungszeiten wie z.B. Samstags von 10 bis 18 Uhr beibehalten werden.

### **Breitbandversorgung**

Die Hoffnung, dass durch den neuen Oberbürgermeister und die Verlagerung des Themas zur Leo-Energie mehr Schwung in das Thema kommt, hat sich leider nicht erfüllt. Letztes Jahr im Haushalt haben wir gemeinsam mit allen Fraktionen beschlossen, dass ein Masterplan erstellt wird. Wenn es gut läuft, wird übermorgen die

Vergabe hierzu erfolgen. Das kann doch bei solch einem für die Zukunft wichtigen Thema nicht die Zeitschiene sein! Zumal wir ja auch mit dem Masterplan höchstens ein klitzekleines Stück der Verbesserung nahegekommen. Damit haben wir ja nun in einem Jahr schon fast ein Promille des Weges geschafft. Wenn wir in dem Tempo weitermachen, sind wir dann ja wahrscheinlich Mitte des 4. Jahrtausends fertig.

### **Bezahlbarer Wohnraum**

Und noch ein Zukunftsthema möchte ich aufgreifen: Auch beim Thema Bezahlbarer Wohnraum besteht dringender Handlungsbedarf, das weiß jede/r hier, aber geschehen ist viel zu wenig. Und es geht ja nicht nur um die früher als Sozialwohnungen bezeichneten Wohnungen. Wir brauchen Wohnraum für Menschen, die in Berufen arbeiten, in denen die Löhne niedrig sind. Als ein Beispiel sei hier der Pflegebereich genannt. Um das Krankenhaus zu stärken, bedarf es eben auch bezahlbaren Wohnraums, damit die PflegerInnen mit ihren Familien in Leonberg auch eine bezahlbare Wohnung finden.

Wir sollten aufhören, nur zu zählen wie viele Wohnungen wo entstanden sind, vor allem, wenn keine Anteile bezahlbaren Wohnraums dabei sind (z.B beim Layher Areal gibt es 0,0 Wohnungen als bezahlbarer Wohnraum). Fakt ist: in den letzten beiden Jahren konnte nur beim Jahn-Areal unsere selbst gesetzte Vorgabe von 25% bezahlbaren Wohnraums umgesetzt werden. Dies ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen hier endlich zusammen an Lösungen arbeiten. Es gibt viel zu tun!!

Zum Schluss möchte ich mich bei allen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung bedanken, die an der Aufstellung des HH-Entwurfs beteiligt waren. Wir sind gespannt, wie die weitere Diskussion verlaufen wird.

Oscar Wilde sagte: „Heutzutage kennt man von allem den Preis, aber von nichts den Wert“. Lassen Sie uns gemeinsam mit den BürgerInnen den Wert der Stadt im Blick behalten und gestalten und damit die Lebensqualität für alle verbessern. Und um noch mit einem weiteren Zitat zu enden: *Ohne Leben keine Qualität.*

**Birgit Widmaier und Dr. Bernd Murschel; November 2018**

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
IM GEMEINDERAT LEONBERG

Herrn Oberbürgermeister  
Martin Kaufmann  
Stadt Leonberg

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Gemeinderat Leonberg**

Rathaus Leonberg  
Belforter Platz 1  
71229 Leonberg

Leonberg, 06.11.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kaufmann,

Für den Haushalt 2019 bringt die Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* folgende **Anträge** ein:

**Antrag:**

Statt der für den Teilhaushalt 01 vorgesehenen 50%-Personalstelle für die Sachbearbeitung in der Pressestelle wird eine 100%-Stelle für den Bereich luK mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung der Schulen“ geschaffen.

*Begründung:*

*Die Pressestelle wurde erst Mitte 2018 mit einem neuen Mitarbeiter besetzt. Es ist aus Sicht der Grünen-Fraktion insofern noch zu früh, schon jetzt die Pressestelle personell zu erweitern, bevor nachvollziehbar ist, welche Schwerpunkte und neuen Aufgaben sich für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung ergeben. Sicherlich können sich gerade in Hinsicht auf die Nutzung der so genannten sozialen Medien neue Aspekte nicht zuletzt durch einen Austausch mit dem Jugendausschuss ergeben.*

*Deutlich wurde hingegen bei der Herbst-Sitzung des Schulbeirats, dass in den Schulen bereits vorhandene Strukturen und Materialien nicht genutzt werden, weil bisher keine ausreichende persönliche Unterstützung in der ganz konkreten Installation und Pflege erfolgt/erfolgen kann. Die Aufgabe der seit Oktober bei der Stadtverwaltung tätigen neuen Mitarbeiterin ist mehr auf die Planung und Konzeption der notwendigen Strukturen ausgerichtet als auf die vor Ort – Unterstützung in den Schulen. Um allen Schulen unabhängig von ihren individuellen IT-Ressourcen im Kollegium bzw. Firmenpartnerschaften einen schnellen Fortschritt bei der Etablierung digitaler Optionen zu ermöglichen hält die Grünen-Fraktion eine solche personelle Unterstützung durch den Bereich luK für wichtig.*

R. Sebastian Werbke  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Im Bereich der Bushaltestelle Leonberg-Engelberg wird kurzfristig eine Querungshilfe mit Fußgängerinsel gebaut. Hierfür sind im Haushaltsplan 2019 20.000 Euro einzuplanen.

Weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sind zeitnah mit den Anliegern der Stuttgarter Straße zu vereinbaren.

*Begründung:*

*Die genannte Bushaltestelle erschließt mehrere Wohngebiete auf beiden Seiten der Stuttgarter Straße. Außerdem wird in der Nähe die zukünftige „KiTa-Nord“ gebaut werden. Zwischen dem Kreisel am Ortseingang und der Bushaltestelle Bildstöckle gibt es heute keine weitere Hilfe für Fußgänger, die sehr befahrene Straße ungefährdet zu überqueren.*

*Die Anwohner der Stuttgarter Straße beschweren sich zunehmend mehr über Fahrzeuge, die mit hoher Geschwindigkeit die Straße befahren. Eine Fußgängerinsel/Querungshilfe kann durch die Verengung des Straßenraums sicherlich ein wenig zur Verkehrsberuhigung beitragen.*

*Aus Sicht der Grünen-Fraktion könnte außerdem mittelfristig auch an der Einmündung zum Rebenweg eine solche Insel gebaut werden.*

*Um den Radfahrern in die Wohngebiete nördlich des Engelbergs mehr Sicherheit zu verschaffen ist ein bergwärts durchgehender Radfahrstreifen wünschenswert. Dieser würde zudem durch ein auch optisch einschränkendes Straßenprofil zur Geschwindigkeitsreduzierung beitragen.*

*Grundsätzlich fordert die Grünen-Fraktion die Stadtverwaltung auf, zeitnah mit den interessierten Anwohnern über ein Maßnahmenpaket ins Gespräch zu kommen, um die Lebensqualität entlang der Stuttgarter Straße dauerhaft zu steigern.*

R. Sebastian Werbke  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

### **Antrag:**

Für zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrsnetzes innerhalb der Stadt sind 100.00 Euro einzuplanen.

1. Besonders dringend ist eine sichere Wegeführung im Bereich Römerstraße – Stohrerstraße – Hindenburgstraße – Gerhard-Hauptmann-Straße.
2. Auf der Brennerstraße ist eine Markierung von Radschutzstreifen vorzunehmen.
3. Das Kino Traumpalast muss auch für RadfahrerInnen sicher erreichbar werden.
4. An der Einmündung der Wasserbachstraße in die Brennerstraße sind Markierungen vorzunehmen, um die Sicherheit des Radverkehrs zu steigern.
5. Für den Ausbau des Kreisels zwischen Gerlingen und Leonberg ist von Leonberger Seite aus eine Anbindung an das Radwegenetz vorzunehmen.

### *Begründung:*

*In der jüngeren Vergangenheit wurden mehrere kleine Maßnahmen vorgenommen, um das Radfahren in Leonberg attraktiver erscheinen zu lassen. Radabstellanlagen sind aber erst sinnvoll, wenn man sie auch ungefährdet erreichen kann. Das ist beim gegenwärtigen Radverkehrsnetz innerhalb der Stadt nur selten der Fall. Deshalb müssen durch Eingriffe im Straßenverkehr für RadfahrerInnen weitere geschützte Bereiche geschaffen werden.*

*zu 1. Da es sich hierbei um einen von vielen SchülerInnen genutzten Bereich handelt, muss nach Ansicht der Grünen-Fraktion kurzfristig mit Markierungsarbeiten Sicherheit und Klarheit für alle Verkehrsteilnehmer hergestellt werden. Ein Abwarten auf die Fertigstellung der Baumaßnahme Römerstraße / Stohrerstraße (ehemaliges Schuhhaus Bayer) ist nicht akzeptabel.*

*zu 2. Diese Maßnahme wurde bereits 2013 im Radverkehrskonzept mit hoher Priorität bis spätestens Ende 2017 vorgesehen. Mittlerweile sind im Westen der Stadt neue Wohngebiete entstanden, weshalb eine sichere und schnelle Anbindung für diesen Bereich noch wichtiger geworden ist. Außerdem entstehen dort kontinuierlich neue Arbeitsplätze (GEZE, BOSCH), was eine bessere Erreichbarkeit mit dem Fahrrad ebenfalls notwendig macht.*

*zu 3. Die regelmäßige Anbindung des Kinos mit dem Bus wird von allen Seiten befürwortet. Was liegt aber näher, als innerhalb Leonbergs jederzeit mit dem Fahrrad ins Kino und die dortige Gastronomie zu fahren? Aktuell gibt es für Zweiräder weder für den Hin- noch für den Rückweg eine sichere und zufriedenstellende Wegeführung. Deshalb sollte vom Traumpalast mindestens bis zur Einmündung der Breslauer Straße entlang der Neue Ramtelstraße eine für alle*

*Verkehrsteilnehmer klare und sichere Radführung markiert werden, unter Vermeidung gemischter Fuß-/Radflächen.*

*Da perspektivisch geplant ist, am Kino eine weitere RegioRad-Station einzurichten, ist es in sich logisch, die verkehrliche Anbindung dementsprechend vorzunehmen. Auf die Station zu warten (nach Fertigstellung des IMAX-Kinos) ist hingegen nicht akzeptabel angesichts der Verkehrssituation in Leonberg, speziell auch rund um das Kino. Schon während der geplanten Baumaßnahme ist die Erreichbarkeit des Kinos per Fahrrad sicher zu gewährleisten.*

*zu 4. Das neue Gewerbegebiet Leo-West wächst. Es wurde ein Wirtschaftsweg von der o.g. Kreuzung in das Gewerbegebiet asphaltiert, der für Radfahrer die Möglichkeit bietet, schnell, direkt und sicher vom S-Bahnhof zur Arbeit zu kommen. Lediglich an dieser Kreuzung, an der zudem diverse überörtliche Radwege münden, ist die Situation unübersichtlich und entspricht nicht mehr dem absehbaren Verkehr. Um den potenziellen NutzerInnen von Anfang an eine durchgängig attraktive Anbindung anzubieten, sollte zum Beginn der Fahrradsaison 2019 eine den Radverkehr in alle Richtungen sichernde Markierung erfolgen.*

*zu 5. Aus Leonberg kommend bietet sich die Möglichkeit, auf den ausgewiesenen Radweg Richtung Schillerhöhe und Stuttgart zu gelangen. Allerdings ist bisher keine annähernd befriedigende Struktur vorhanden, die dem Radfahrer eine sichere Annäherung an das bestehende Netz bietet. Aus dem Ludwig-Finckh-Weg kommend geht es über einen schlechten Fuß-Rad-Mischweg an die Bordsteinkante gegenüber der Einmündung zum Waldfriedhof. Eine Weiterführung des Radverkehrs ist weder hier noch vom alten Golfplatz kommend vorgesehen. Der Ausbau des Kreisels sollte unbedingt genutzt werden, um endlich auch pendelnden Radlern nicht nur aus dem Ramtel und ins Ramtel eine attraktive Verbindung anzubieten*

R. Sebastian Werbke  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

An allen Ortseingängen sind Schilder zu installieren, die darauf hinweisen, dass Leonberg seit 2013 Fairtrade-Stadt ist.

*Begründung:*

*Nach einjähriger Vorarbeit eines sehr aktiven Steuerungsgremiums erhielt Leonberg im Rahmen der Vollversammlung der Lokalen Agenda 21 das Siegel einer Fairtrade-Stadt überreicht. In den Folgejahren konnten immer wieder neue Partner (-Unternehmen) für diese Idee gewonnen werden.*

*Um den starken Impuls aus der Anfangszeit dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, schlagen wir als Form der Öffentlichkeitsarbeit für dieses Thema Hinweisschilder an allen Ortseingangsstraßen vor. Solche Schilder haben nicht nur den Erinnerungseffekt für die eigene Bürgerschaft, sondern weisen Leonberg im Sinne eines positiven Stadtmarketings auch gegenüber Durchreisenden als global engagierte Kommune aus, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas für den Ausgleich zwischen reichen und Entwicklungsländern unternimmt.*

R. Sebastian Werbke  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Am Toilettenhäuschen am Festplatz in der Steinstraße ist eine Anlage zur Entleerung von Chemie-Toiletten für Wohnmobil-FahrerInnen anzubauen.

*Begründung:*

*Die am Rand des Festplatzes ausgewiesenen Stellplätze werden das ganze Jahr über sehr gut von Reisenden aus ganz Europa angenommen. Im Gespräch mit diesen Besuchern wird der Stellplatz gelobt wegen seiner sehr zentralen Lage, die den Besuch der Altstadt zu Fuß erleichtert und auch das Einkaufen in der Nähe unterstützt. Darüber hinaus ist die Nähe zum Hallenbad und zur Sauna attraktiv. Auch die kundenfreundliche Stromversorgung wird von den NutzerInnen sehr positiv erwähnt.*

*Bei Gesprächen mit Wohnmobilisten wurde von diesen auf die fehlende Möglichkeit hingewiesen, die mitgeführten Chemie-Toiletten entleeren zu können. Eine solche Anlage sollte mit vertretbarem Aufwand außen am vorhandenen Toilettenhäuschen anzubauen sein. So ließe sich im Sinne des Stadtmarketings ein kleiner Fortschritt erzielen, um Leonberg bei Touristen in guter Erinnerung zu behalten.*

R. Sebastian Werbke  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Auf neu errichteten städtischen Gebäuden wie z.B. der KiTA Nord und der KiTA West sowie auf städtischen Dächern, die saniert werden, sollen Photovoltaik-Anlagen installiert werden. Dies ist bereits bei der Planung zu berücksichtigen.

*Begründung:*

*Um den Umstieg auf erneuerbare Energien auch kommunal verstärkt zu unterstützen, ist es notwendig viele verschiedene Möglichkeiten auszuschöpfen. Hierzu gehören auch Photovoltaik-Anlagen. Aus diesem Grund sollen bei allen durch die Stadt neu errichteten Gebäuden und bei der Sanierung von Dächern PV-Anlagen installiert werden.*

*Durch die gestiegene Effektivität der Module rechnet sich eine PV-Anlage trotz der Verpflichtung zum Eigenverbrauch und der niedrigen Einspeisevergütung. Weiterhin entfallen durch den Eigenverbrauch durch den vor Ort selbst produzierten Strom u.a. Leitungsverluste und es können Einsparungen erzielt werden, da der externe Strombezug verringert wird.*

Birgit Widmaier  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Die Planungskosten von 150.000€ für die ehemalige Schuhfabrik (752200027019) soll im Jahr 2019 eingespart werden. und in das Jahr 2021 verschoben werden.

*Begründung:*

*Die ehemalige Schuhfabrik in der Eltinger Str. 11 soll als Kunstschule, Künstlerwerkstatt, Atelier und für Kunstausstellungen für die örtlichen Künstler erhalten werden.*

*Die KünstlerInnen in diesem Gebäude setzen sich sehr aktiv für die Kunstszene in Leonberg ein und die ehemalige Schuhfabrik ist ein Mittelpunkt der alljährlichen LaKuNa.*

*Bei einer Umwandlung verlieren sowohl die KünstlerInnen als auch die Leonberger Kunstszene Räume und Möglichkeiten zur Entfaltung, die in Leonberg nicht kompensiert werden können. Wir sind gegen die Umwandlung dieses Gebäudes in Wohnraum.*

*Die Planungsrate soll in vermindelter Form in das Jahr 2021 verschoben werden, da Geld für den Erhalt und Sanierung des Kunstraumes „Ehemalige Schuhfabrik“ in der Zukunft bereitgestellt werden soll.*

Klaus Wankmüller  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Die Tiefbaumaßnahmen in der Hindenburgstraße zw. Bismarckstraße und Bergstraße in Höhe von 250.000€ (754100287001) sollen nicht in 2019 durchgeführt werden.

*Begründung:*

*Heute fahren mehrere Buslinien (92, 94, 633) durch die Hindenburgstraße. In der Zukunft sollen das Busliniennetz neu strukturiert und entzerrt werden, welches das Aufkommen an ÖPNV in der Hindenburgstraße verringern wird. Die Tiefbaumaßnahme soll erst nach der Neustrukturierung des Busliniennetzes in Betracht gezogen werden.*

Klaus Wankmüller  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Die Stadtwerke bzw. LEO-Energie erarbeiten eine Konzeption zum weiteren zukünftigen Ausbau eines Nahwärmenetzes im Bereich der Stadtmitte Leonberg.

*Begründung:*

*Der Wärmebereich beinhaltet ein hohes Einsparpotenzial. Mittelfristig sollte die Stadt ebenfalls in den Bereich Energie und Wärme einsteigen. Dabei ist zu prüfen, wie eventuelle Erweiterungsobjekte entlang der Eltinger Straße bzw. Römerstraße an ein Nahwärmenetz angeschlossen werden können und wie im Rahmen des Vertrages mit den Sindelfinger Stadtwerken ein Eigenengagement der Stadtwerke bzw. LEO-Energie möglich ist. Neben den ökologischen Vorteilen erschließen sich damit auch Erlöse.*

*Bund und Land fördern aktuell die Erstellung von Wärmeplänen mit eigenen Programmen. Es ist zu erwarten, dass diese hohe Förderung reduziert wird und eine verpflichtende Umsetzung in den Kommunen ansteht.*

Bernd Murschel  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Für eine mögliche Beteiligung der Stadt bei der Internationalen Bauausstellung 2027 (IBA 2027) sind konzeptionelle Überlegungen vorzustellen.

*Begründung:*

*Die IBA ermöglicht eine zukunftsfähige Gestaltung der Region Stuttgart. Die IBA-Macher haben aktuell den ersten Projektauftrag gestartet. Gesucht werden visionäre Ideen, die ein Bauwerk oder Vorhaben sein können, aber auch konzeptionelle Vorstellungen bis zu Kongressen.*

Bernd Murschel  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Marketingkonzept „Leonberg schafft kostengünstigen Wohnraum“ zu entwerfen. Maximal 10.000 Euro

*Begründung:*

*Das Ziel des Marketingkonzeptes ist die Steigerung der Effizienz beim Umsetzen des 25%-Zieles für preisgünstigen Wohnraum. Durch eine gezielte Außenwerbung und Information möglicher Investoren soll von vorneherein jedem potentiellen Investor das 25%-Ziel verdeutlicht sein. Gleichzeitig ist es auch eine Imagekampagne für die Stadt Leonberg.*

Bernd Murschel  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Antrag:**

Alle Grüninseln der Stadt, vorhandene Freiflächen an Verkehrsinseln sowie Blumenbeete werden zukünftig ausschließlich mit Wildblumenwiesen o.Ä. bepflanzt. Wo nicht möglich werden zumindest Blühstreifen eingerichtet.

*Begründung:*

*Dem fortschreitenden Insekten- und Bienensterben soll auch im Kleinen entgegen gewirkt werden.*

*Dieser Antrag wurde bereits im letzten Haushalt mehrheitlich durch den Rat angenommen, da aber leider keinerlei Fortschritte bei der Umsetzung zu beobachten sind, möchten wir ihn hiermit erneut einbringen.*

Birgit Suckut  
für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr OB Kaufmann,  
Herr 1.BM Dr. Vonderheid,  
Herr BM Brenner,  
meine Damen und Herren,

man kann nur sagen „Glückwunsch Herr Oberbürgermeister Kaufmann“. Ihr erster Haushalt weist ein recht positives Ergebnis aus, Fast 1 Mio. € plus als Gesamtergebnis, das kann sich sehen lassen. Doch schauen wir das Ergebnis etwas genauer an. Wie kam es zustande und wo liegen die Risiken?

Ausschlaggebende Faktoren für dieses Ergebnis sind Sondereinnahmen in Höhe von 1,8 Mio €, über 2 Mio. € mehr aus der Einkommensteuer und eine maximale Gewerbesteuererinnahme. Die ordentlichen Erträge steigen um mehr als 7 Mio. €. Die Steuerkraft nahm in den vergangenen 5 Jahren konstant um 6 % pro Jahr zu, d.h. die Bürger und Bürgerinnen haben viel Geld aufgebracht, um den Haushalt zu alimentieren.

Es stellt sich nunmehr die Frage: Wie gehen wir als Stadt mit diesem Geldsegen um? Gehen wir sparsam damit um und geben es vor allem sinnvoll aus?

Eine Überprüfung durch Vergleich mit den Haushaltsentwürfen vergangener Jahre ist wegen der Veränderungen in der internen Leistungsverrechnung leider immer noch äußerst schwierig und durch Laien kaum leistbar. Allerdings muss festgestellt werden, dass wir es seit Jahren nicht schaffen ein ordentliches Ergebnis des **Ergebnishaushaltes** zu erzielen, wenn es auch gelungen ist, dieses Ergebnis gegenüber dem laufenden Jahr zu senken. Bedenklich ist aber, dass das ordentliche Ergebnis in den nächsten Jahren deutlich ins Minus gehen wird und dies bei bester Konjunktur und historisch niedrigen Zinsen.

**Investitionen** sind weitgehend nur durch Kredite zu finanzieren, wobei ein erheblicher Teil der Investitionen nur der Substanzerhaltung dient. Positiv ist jedoch festzuhalten, dass die aktuelle Schuldenentwicklung unter den Planansätzen vergangener Haushalte bleibt. Negativ muss jedoch vermerkt werden, dass durch das voraussichtliche Ausbleiben von Sondereinnahmen in den künftigen Jahren die Schulden drastisch zunehmen werden und die früheren Prognosen sogar deutlich übersteigen. Sollten die Zinsen steigen, würde das den Haushalt erheblich belasten.

Wir müssen u.E. gegensteuern und sehen zwei generelle verfolgungswerte Ziele:

- **Verbesserung des Ergebnishaushaltes hin zu einem positiven Ergebnis**
- **Finanzbedarf aus Investitionstätigkeit senken durch zeitliche Streckung**

Was schlagen wir als FDP-Gruppierung vor. Ich will unsere Vorstellungen thematisch gliedern und dabei vor allem Entwicklungen ansprechen, die für unsere Bürger und Bürgerinnen wichtig sind.

Ein zentrales Thema, das uns und viele Menschen beschäftigt, ist die Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum**. Grundsatzentscheidungen wurden getroffen, in der Praxis hat sich jedoch noch fast nichts getan. Bis dato ist keine einzige Wohnung nach unseren Standards für bezahlbaren Wohnraum geschaffen worden. Um dieses Problem zeitnah auch nur annähernd lösen zu können, müssen wir mehrgleisig unterwegs sein.

1. **Kooperation mit einer Wohnungsbaugesellschaft.** Sie organisiert die Wohnbauförderung, baut und verwaltet den Wohnraum, und bietet preisgünstigen Wohnraum an. Sie unterstützt die Verwaltung bei der Erstellung der planrechtlichen Vorgaben.
2. **Wohnpark Berliner Straße**  
Durchführung eines Investorenauswahlverfahrens für dieses Areal
3. **Intensivierung der Innenentwicklung**  
Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren
4. **Aktivierung von Wohnbauflächen**  
Schaffung von Baurecht in Bereichen des gültigen FNPs. (Eltingen – Südlich der Renninger Straße, Höfingen – Gebersheimer Weg, Warmbronn – Hinter den Gärten)
5. **Fortschreibung FNP**  
Diese schon lange geplante Fortschreibung des FNPs muss endlich zügig vorankommen und falls personelle Engpässe bei der Verwaltung dem entgegenstehen, sollte dringend auch externer Sachverstand in Anspruch genommen werden.

U.E. gibt es durchaus geeignete Wohnbauflächen wie das Gebiet Hasensaul, Pfad in Höfingen, In der Röte in Gebersheim oder an der Magstadter Straße in Warmbronn

Auch beim zweiten zentralen Thema, **Verkehr** und Belastungen aus dem Verkehr muss man mehrgleisig vorgehen, wohl wissend, dass es eine Illusion ist, Verkehrsprobleme voll und ganz lösen zu können, aber Linderungen von extremen Belastungen sind möglich.

Wenn in manchen Fällen wie beispielsweise beim Radverkehr eine Angebotsplanung durchaus ein richtiger Ansatzpunkt sein kann, müssen üblicherweise der Bedarf und seine Erfüllung die Entscheidungsgrundlage für eine Maßnahme darstellen. Die Effizienz des Vorhabens, sowohl seine verkehrliche Wirksamkeit als auch seine finanziellen Folgen, müssen maßgeblich Einfluss auf seine Umsetzung haben. Dies gilt für auch für die Projekte, die neuerdings diskutiert werden. Ob innovative Systeme, multimodale Vernetzung oder integrale Taktfahrpläne, beispielhaft sind zu nennen: autonom verkehrende Busse, über die Stadt schwebende Seilbahnen oder überbordende Datenfluten. Bevor man personalintensive und teure Planungen beauftragt oder gar Realisierungsschritte unternimmt, muss Bedarf und Wirksamkeit geprüft werden.

So muss die Ausgabe von über einer halben Mio. € für die Installation eines dynamischen Parkleitsystems zuerst auf den Prüfstand, selbst wenn es dafür einen ordentlichen Zuschuss gibt. Haben wir in der Stadt viel Parksuchverkehr? Gibt es geeignete Parkierungsalternativen sollte tatsächlich mal eine Parkierungsanlage belegt sein? Werden derartige Informationen künftig nicht direkt in das Fahrzeug übertragen? Unser Antrag lautet: Zurückstellung der Investition für ein dynamisches Parkleitsystem bis seine verkehrliche Wirkung belegt ist.

Der Aufbau einer regionalen Mobilitätsplattform ist richtig. Bei uns in Leonberg hat diese Plattform das Ziel, den völligen Kollaps des Verkehrs zu vermeiden, wenn die Autobahn ihrer Funktion nicht mehr nachkommen kann. An diesem Anliegen muss der Straßenbaulastträger, nämlich der Bund, größtes Interesse haben. Insofern sollten wir ihn auffordern sich mit einer höheren Förderung daran zu beteiligen.

Die Verbesserungen in der Buslinienführung sind plausibel. Aber auch hier gilt: nicht alles was gut erscheint, ist richtig. Die Buslinienführung und der Bustakt haben sich auch am Bedarf zu orientieren. Die Einbeziehung der Busunternehmer in die Entscheidungskette ist wichtig.

Für die Straßenbauverwaltung des Landes ist die Saumseligkeit bei der Sanierung der Landesstraße Leonberg – Höfingen ein Armutszeugnis. Wie sehr ist die Leonberger Verwaltung hinter der Lösung des unhaltbaren Zustands hinterher, insbesondere wenn im nächsten Jahr diese Verbindung die gesperrte B295 in Teilen ersetzen muss?

Es ist zwar nicht unsere Aufgabe und es ist ein Zukunftsprojekt: Unterstützen wir die Region Stuttgart in ihrer Planung einer S62, Weil der Stadt - Leonberg - Feuerbach. Das wäre für uns sicher ein großer Gewinn und könnte zu einer deutlichen Verkehrsentlastung auf der Straße führen.

In der **Stadtplanung** sind wir nach der Entscheidung des Preisgerichts zur Bebauung des Postareals erheblich weiter gekommen und wir hoffen, dass die Verhandlungen der Verwaltung mit dem Investor bald zum Ziel führen. Unsere Aufgabe wird sein, die Attraktivität der Altstadt weiter zu verbessern. In die Marktplatzgarage wird investiert, dazu steht die FDP. Ganz besonders wichtig sind einladende Zugänge. Eigentlich ist die Marktplatzgarage ein Juwel für die Altstadt, würde man nur richtig eingeladen werden.

Ein richtiges Ärgernis ist in Leonberg der **Wertstoffhof**. Zuständig ist zwar der Kreis, aber ohne Mitwirkung der Stadt geht nichts. Eine Unterstützung bei der Suche nach einem besseren Platz ist dringend geboten.

**Betreuung und Bildung** unserer Kinder sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Im Haushalt sind viele Mittel eingestellt, um diesen Bereich zukunftsfähig auszugestalten. Das ist richtig, aber von den Kommunen auf Dauer nicht leistbar. Die Anforderungen werden von Bund und Land diktiert, also müssen sie sich stärker als bisher an der Finanzierung beteiligen. Das gilt für Schulen und Kindertageseinrichtungen gleichermaßen. Mit dem Gute-Kita-Gesetz ist zwar ein Anfang gemacht, interessant wird seine Wirkung sein. Ein großes Defizit besteht in der Internet-Anbindung der Schulen. Es sind sowohl technische Unzulänglichkeiten als auch zu wenig Hilfestellung beim Support.

Manche Punkte können wegen des uns auferlegten Zeitlimits leider nicht angesprochen werden. Sie sind aber in unserer Antragsliste enthalten.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung, insbesondere beim Kämmereiamt für den Einsatz bei der Erstellung des Haushalts. Des Weiteren gilt unser Dank den Kollegen und Kolleginnen des Gremiums für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Dieter Maurmaier

Dr. Jochen Flegl

**Anträge:**

Zurückstellung der Investition „Dynamisches Parkleitsystem“ bis Sinnhaftigkeit belegt

Zeitliche Streckung der Investitionen „Sanierungsgebiet Stadtpark/Reiterstadion“ und Neustrukturierung Alte Autobahntrasse“

Kooperation mit regionalem Wohnbauunternehmen

Investorenauswahlverfahren Berliner Straße

Aktivierung weiterer Wohnbauflächen, Bebauungsplan und Umlegung  
(Eltingen – Südlich der Renninger Straße, Höfingen – Gebersheimer Weg , Warmbronn – Hinter den Gärten)

Erneute Suchschleife für Wertstoffhof

Vergünstigter Stadtbustarif

## Kommunalpolitische Erklärung der Gruppe S:ALZ zum Haushalt 2019

Liebe Leonbergerinnen, liebe Leonberger,

nun schon traditionell – also im dritten Jahr – wird die S:ALZ Haushaltsrede nicht mehr vor dem Gemeinderat vorgetragen. Dies gründet auf der Angst manch großer Fraktion vor radikalen Gruppen, die dereinst im Gemeinderat Einzug halten, und dann an dieser Stelle zu viel Zeit erhalten könnten. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen Gemeinderätinnen und -räte: die werden in 10 Minuten gleich viel Unerwünschtes verbreiten können wie in 15! So sind Sie dafür verantwortlich, dass schon heute **nicht alle interessanten Ideen zur Stadt** vor dem Gremium erläutert werden können, wie es nun über Jahrzehnte guter Brauch war. Den als Grund vorgeschobenen Wahlproporz könnten Sie leicht in der folgenden Abstimmungsrunde zu den gestellten Anträgen herstellen, bei der Sie Ihr volles Gewicht einbringen können.

Zurück zum Thema Haushalt 2019. Die wirtschaftliche Lage ist aktuell glänzend, und so verwundert es nicht, dass der prognostizierte Schuldenstand nicht erreicht ist, und schlimmste Befürchtungen noch nicht eingetreten sind. Es verwundert aber schon, dass in bestmöglichen wirtschaftlichen Zeiten kein Schuldenabbau gelingen kann.

Dabei ist klar, dass wir mit einer Fülle an Neubauprojekten gerade im Bereich der Kinderbetreuung und auch mit diversen Sanierungen an Schulen, Bädern usw. einige große finanzielle Anstrengungen zu meistern haben. Es darf schon angemerkt werden, dass bei einer konzentrierteren, früheren Umsetzung in vielen Bereichen die sowieso klar abzusehen waren, etwa die LeoBad-Sanierung oder manche Schulfassade, zwar der Schuldenstand jetzt höher, aber am Ende weit weniger Geld verbraten gewesen wäre, weil schlicht die durchführenden Firmen nicht derart hochpreisig zu Werke gegangen wären, wie jetzt, da jeder baut und keine Kapazitäten frei sind.

Dennoch. Was getan werden muss wird getan, solide Schulen und Kinderbetreuung sind die Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft.

Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft sind aber nicht nur die Schulgebäude selbst, sondern auch ein zeitgemäßer Schulbetrieb. Hier haben nach unserer Auffassung durchaus auch noch klassische Kreidetafeln ihren Platz, was aber nicht heißt, dass die Digitalisierung verschlafen werden soll. Gerade dieser Eindruck beschleicht uns, wenn wir in die Leonberger Schulen hineinhören. Schulleitung und Schulen, ja selbst die Ministeriumsbeschlüsse zur Umsetzung sind dabei allerdings viel weiter, als die Technik bereitstellende Leonberger Verwaltung.

Hier wird auch uns Gemeinderäten seit Jahren die immergleiche Mär von den fehlenden Inhalten und Systemen erzählt. Liebe Verwaltung: das war mal!

So ist es bereits ein lokaler Witz, dass die ausgewiesene Leonberger Projektschule zur Digitalisierung, die GHR, mangels technischer Voraussetzung nun auch im dritten Projektjahr durch digitale Landschaften stolpern muss, statt nun endlich souverän in die Zukunft zu gleiten.

Überhaupt verwundert den Betrachter die stoische Ruhe mit der Geschichten von „wir prüfen mal, machen eine Erhebung, melden uns dann wieder“ Jahr für Jahr erneut geringe Hoffnung machen. Dabei sind einige Schulen der Kernstadt längst ans Glasfasernetz angeschlossen! Allein die Schüler, um die es ja gehen sollte, haben nichts davon. Es scheint viel wichtiger, dass die Schulleitungen mit Hochgeschwindigkeit ein Briefle tippen können und Verwaltungsaufgaben zentral erledigen. Hier sind aber gar nicht gigantische Bandbreiten gefragt, sondern vielmehr schnelle Antwortzeiten. Die Bandbreite würden in der Hauptsache recherchierende Schüler nützen – wenn sie könnten. Denn auch an Schulen mit Glasfaseranbindung sind die Lernbereiche lediglich mit einem offenbar kostenfreien 16MB-Kistchen der Telekom angebunden und erfreuen sich klassisch-solider Klingeldrahttechnik.

Was soll das sein? Geschichtsunterricht der vergangenen Moderne? Bewusstes Erleben der Technik des letzten Jahrtausends? Da empfiehlt sich gleich der Show-Einsatz eines urzeitlichen Quitsche-Modems...

Auf Nachfrage wo das Problem liegt, die bereits gelegte Glasfaser auch den Schülern zugänglich zu machen erfahren wir, dass hier ein Kästchen, da ein Serverchen, dort eine Schnittstelle fehlt. Also bitte! Glasfasern sind kein unerforschtes Gebiet! Schon in den frühen 70igern des letzten Jahrhunderts haben sich zeitgenössische Hipster am Flow ihrer Glasfaser-Nachttischlampe ergötzt. Da kann man schonmal den Schritt wagen, weg von Erhebungen und Projektschulen, hinein in die echte Welt unserer Zeit!

Wir begrüßen ausdrücklich, dass nun eine Stelle geschaffen ist, die sich des Themas Digitalisierung in Schulen annimmt. Wenn wir in durchschnittlich digitalisierte große Unternehmen schauen wird klar, dass eine einzige Stelle vergleichsweise wenig ist.

Damit also endlich ein Schritt zur Umsetzung getan wird, beantragen wir hier Geld in Personal zu investieren. Wir schlagen vor zwei zusätzliche Personen der bereits geschaffenen Stelle beizuordnen, die sich dem praktischen Alltagsgeschäft, Mäuse einstecken, Programme aufspielen etc widmen, um Luft für die strukturelle Fortentwicklung zu schaffen. Diese Stellen benötigen wir mindestens für zwei Jahre, aber vermutlich unbegrenzt.

Zudem fordern wir die Verwaltung auf, hier umgehend, auch während des laufenden Haushaltsjahres, technische Anforderungen zu spezifizieren und zur Beschaffung anzumelden.

Dabei ist die unlängst im Schulbeirat gehörte Nachfrage einer anderen Gruppierung, wie weit denn andere Kommunen wären, sinnbildlich für die Fehleinschätzung zur Wichtigkeit des Themas. Nicht andere Kommunen sind der Maßstab. Die globalisierte Welt in der sich unsere Kinder für unsere starke Exportnation bewegen, wird der Maßstab sein. Und da sind andere einfach weiter. Sehr viel weiter.

Damit sind wir noch immer nicht mit dem Thema Schulen durch. Am Horizont zeichnen sich weitreichende Änderungen der Schullandschaft ab. Das Lernen wird nicht nur digitaler sondern auch vielfältiger, integrativer usw.. Wir sind durchaus der Meinung, dass ein in der Hauptsache dreigliedriges Schulsystem Zukunft hat. Dennoch werden wir bei der Gebäudestruktur nach und nach vielleicht auf ein Campus-Layout ausgerichtet planen müssen. Zentrale, von allen genutzte Hi-Tech-Fachräume, schulübergreifende Strukturen allgemein sind ein Thema. Noch nicht sofort, aber es steht im Raum, dass unsere Schulen an ihre Grenzen kommen, wir in neue Gebäude investieren müssen. Hier sollten wir eine variable Planung, die den Campusgedanken aufgreift, favorisieren, um so nach und nach die Schulzukunft zu strukturieren.

Weiter geht es im Bildungssektor mit dem Thema gesellschaftliche Erziehung. Nicht direkt ein Thema kommunaler Ebene, dennoch sind wir mit der Art unserer Kindergärten gefordert, in die Zukunft zu schauen. Konfessionelle Kindergärten und damit auch separierender Religionsunterricht, vielleicht gar erweitert um Religionsunterricht für weitere Weltreligionen, sind exakt der falsche Weg, eine immer inhomogenere Gesellschaft wieder auf eine gemeinsame Basis zu stellen. Nach meiner ganz persönlichen Meinung hat offen zur Schau gestellte und damit abgrenzend wirkende Religionssymbolik in einer offenen Gesellschaft keinen Platz. Offenheit durch vorgetragene Abgrenzung ist ein Widerspruch in sich.

Es gilt also in gemeinschaftlichen Unterrichtseinheiten, bereits schon in den Kindergärten, Verständnis und Information über kulturelle Unterschiede herauszuarbeiten und so der Abgrenzung entgegenzuwirken. Nur eine einige Gesellschaft kann eine gute Zukunft haben.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet für S:ALZ in 2019 der ÖPNV. Der parallel eingebrachte interfraktionelle Antrag zum Testbetrieb eines autonomen Shuttlebusses muss nicht nur goutiert, sondern mit Energie umgesetzt werden.

Um dem täglichen Verkehrschaos entgegenzuwirken sind gerade wir Leonberger gefordert, mit alternativen ÖPNV-Konzepten in die Zukunft zu schauen. Natürlich kostet der Testbetrieb Geld, natürlich passen nur ca. 10 Personen rein. Es geht darum Akzeptanz für autonome Systeme zu schaffen! Nur wer, wie die Antragsteller, das persönliche Erlebnis hatte, wird sich aufgeschlossen der autonomen Zukunft zuwenden.

Später können die autonomen Shuttles beispielsweise Wohngebiete ab der Haustüre ans Haupt-ÖPNV-Netz anbinden, oder im Pendelverkehr unsere Einkaufsstandorte vernetzen. Sie sind je nach Modell auch automatisiert barrierefrei!

Von der Verwaltungsspitze erwarten wir deutlich mehr als den Verkehrsrechner zu preisen (übrigens ein S:ALZ-Antrag vom letzten Jahr, vom Gemeinderat längst positiv beschieden) oder fabulöse Geschichten von der Seilbahn zu verbreiten. Dabei ist es durchaus legitim, die lustige Seilbahngeschichte mal anzureissen. Nur, sehr geehrter Herr Kaufmann, dies ist eine Demokratie. Da müssen Ideen auch irgendwann mal in den Gremien behandelt werden, und nicht nur als Geschichtchen bei Ordensverleihungen und anderen bunten Abenden erzählt. Es wäre wirklich an der Zeit, den Wahlkampfmodus mal zu verlassen und das demokratische System, wie es nunmal laut Gesetz funktionieren muss, einzubinden.

Daher bringt S:ALZ nun einen weiteren ÖPNV-Gedanken als Antrag ein. Wir haben bereits in der letzten Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass Zonensysteme wie beim VVS immer ungerecht sind, und es auch nicht damit getan ist, 20 Cent beim Fahrpreis nachzulassen. Da der VVS aber in diese Richtung denkt, ist es an der Zeit, dem mit lokaler Kraft entgegenzuwirken.

Dazu soll in Leonberg ein kostenfreies Bussystem eingeführt werden, das natürlich ans VVS-Hauptnetz andockt. Aktuell zahlt die Stadt Leonberg wie auch in Zukunft über die Kreisumlage am VVS mit. Dazu wenden wir bereits heute ca. 300.000EUR an direkten VVS-Zahlungen auf, um beispielsweise den Waldfriedhof anzubinden.

S:ALZ beantragt also, diese Direktzahlungen einzustellen. Dafür ist mit einem lokalen Unternehmen folgendes zu verhandeln:

Es sollen vier Fahrzeuge ständig in Leonberg auf noch von Fachleuten – dazu zähle ich mich ausdrücklich nicht – zu bestimmenden Linien im Dauerbetrieb unterwegs sein, ab 5:00Uhr früh bis 1:00Uhr nachts. Dabei soll es nur einen dauergültigen Fahrplan geben, ohne Wochenend-Abspeckung, um die Zuverlässigkeit und Routine zu gewährleisten.

Ob hier nur vier einzelne Schleifen gefahren werden, oder beispielsweise zwei Linien, die in Stoßzeiten mit Fahrzeugen aufgestockt werden, so dass man wieder auf ein Äquivalent von 4 Bussen kommt, mögen die Experten entscheiden.

Laut Fachauskunft kostet ein Bus inkl. Fahrer und Nebenkosten pro Stunde rund 60EUR. Hochgerechnet auf den Dauerbetrieb von 4 Fahrzeugen macht das ca. 1,6 Mio EUR pro Jahr. Diese müssten also aus Steuerkraft aufgebracht werden, und damit sind die Busse für den Einzelnen ohne Zuzahlung nutzbar, stellen also keinen Zusatzaufwand zu etwa nötigen VVS-Tickets dar. Nur eine kostenfreie und zeitlich verlässliche Nutzbarkeit bringt Schwung in den ÖPNV. Wenn hier das kostenfreie Angebot dem VVS auf gleichen Strecken zusetzt, könnte das ein Zeichen sein, das Gesamtsystem neu aufzusetzen. Natürlich sind 1,6 Mio jährlich sehr viel Geld, mit den abgezogenen aktuellen Leistung verbleiben immer noch 1,3 Mio an Aufschlag. Wir sprechen uns dennoch dafür aus über vorerst zwei Jahre in eine Probephase zu gehen.

Wir sprechen uns aber gegen Seilbahnphantasien aus. Das ist einfach Quatsch. Ein nettes Geschichtchen, zweifelsohne, und es gibt auch Planungsgelder vom Land in einem Förderprogramm, aber Fördergelder haben einen Nachteil: es sind ebenfalls Steuergelder. Die sollten wir nicht verschwenden. Denn: wer wird jemals ein Seilbahnstütze im Vorgarten dulden? Wer baut das ganze Zeug wieder ab, wenn das starre Fahr-Dreieck dann doch nicht die vermeintlichen Hotspots bedient?

Also bitte Herr Kaufmann: lassen Sie uns praktikable, sofort wirksame Dinge tun! Dazu gehört im Übrigen auch nicht, einen Tunnel zu graben, der lediglich den Autobahn-Umgehungsverkehr aufnimmt, Jahrzehnte in der Ferne liegt, und nur das Stauproblem bedient, nicht den für eine lebendige Stadt gewünschten Ziel- und Quellverkehr. Gegen stets überlaufende und in die Stadt strömende Autobahnverkehre hilft nur eines: die Autobahn so zu ertüchtigen, dass das immer weniger passiert.

Man muss also über den verwirrenden und unkontrollierte Spurwechsel provozierenden Schilderwald diskutieren, man kann auch auf eine sicherere automatisierter rollende Zukunft

hoffen. Letzteres wir in zehn, vielleicht zwanzig Jahren Linderung bringen. Schneller ist ein Tunnel auch nicht gegraben.

Verkehr bringt auch das nächste Thema: die Fusion TSG/TSV. Konnte man früher noch den näheren Standort wählen und vielleicht fußläufig erreichen, müssen die Sportbegeisterten nun auf jeden Fall den längeren Weg auf sich nehmen.

Natürlich war die Fusion ein richtiger Schritt. Ob die Planungen finanziell auf Kante genäht werden mussten, bezweifle ich aber. Das ist durchaus nicht nur Privatvergnügen und –risiko des Vereins, da hier mit städtischen Bürgschaften abgesichert wird. Ich bin ganz persönlich der Meinung, ein Millionchen weniger verplant hätte Luft geschaffen, und die ursprünglichen Planungen gingen bekanntlich von weit weniger Geld aus dem Geländeverkauf aus, so dass es nicht unmöglich gewesen wäre.

Natürlich leistet der Verein unverzichtbare positive Arbeit für die Stadt, Kritik an vielleicht zu großen Plänen sei mir aber dennoch erlaubt.

Kommen wir zum bezahlbaren Wohnraum. Ein Schlagwort, das kaum einer mehr hören mag. Dabei ist bezahlbar bei Anwendung der beschlossenen 25% pro Gebiet-Regel durchaus relativ, heisst das doch, dass sich dieser Wohnraum am Mietspielgel orientieren muss, und nicht genommen werden kann was halt gezahlt wird.

Es ist auch nicht so, dass hier wie von manchen befürchtet üble Gestalten in die Nachbarschaft ziehen, sondern lediglich, dass Menschen die nicht bei den Großunternehmen Bosch, Daimler, Thales & Co. hohe Gehälter erwirtschaften auch ein Bleibe finden können. Die Hochpreisarbeitsplätze erwirtschaften natürlich einen großen Teil städtischen Wohlstands. Aber was nutzt der, wenn wir nicht früh beim Bäcker ein Schwätzchen halten können, nicht mit Freunden zum Feierabendbier, kein Blümchen für den Oma-Besuch vor Ort kaufen? Lebensqualität braucht Arbeitsplätze und Menschen am Ort, die uns mindestens so wichtig sind, wie die guten Steuereinnahmen durch Hochpreis-Jobs. Wir brauchen Wohnraum für alle, und den generieren wir wohl nur, wenn wir stadteigenen Wohnraum zur Verfügung stellen. Das sollte im ersten Schritt mit einer gemäßigten Abrundung des Gebiets Berliner-Straße erfolgen. Die gern verbreitete Panik, dass irgendwer den Stadtpark zubauen wollte, ist dabei ein durchsichtiges Geschichtchen der Klientelpolitik.

Abschließen möchte ich mit einer nicht in Geld quantifizierbaren Problematik, die sich in meinen nun 14 Jahren als Gemeinderat verschärft, denn abgemildert zu werden: das Verhältnis von Gemeinderat zur Verwaltung. Ich habe nicht den Eindruck, dass dies mit dem neuen Oberbürgermeister in eine bessere Zukunft geführt wird, da hilft zunächst auch keine herzlich-kuschelige Begrüßung vor Sitzungen. Helfen würde das gute alte Vertrauen. Das kann aber weder befohlen noch herbeigekuschelt werden. Vertrauen wächst, braucht Zeit, keine Beschwichtigung.

Dabei wäre es im ersten Schritt hilfreich, wenn unsere nunmal auch im Kommunalen als Repräsentative ausgelegte Demokratie in ihrer Funktion anerkannt würde. Es hilft nichts, wenn die Protagonisten durchs Land ziehen und hier und da mit großen Versprechungen sich selbst schadlos halten, um die dann leider der Vernunft geschuldete Zurechtstutzung den eigentlich gar nicht bösen Gemeinderäten zu überlassen, die eben auf Basis äußerer Regeln und Zwänge nur entscheiden können.

Es ist durchaus erfrischend, wenn diverse Themen, als Beispiele der motivierte Magier, die Seilbahn, der Tunnel und viele weitere, zuerst in der Bevölkerung abgefragt werden und vielleicht auch Druck generierende Öffentlichkeit geschaffen wird. Dennoch müssen die Themen irgendwann ins System finden. Beim Kaffeekränzchen können eben keine wirksamen Beschlüsse gefasst werden. Alternativ empfehlen wir der Verwaltung eine bürgerdemokratische Revolution anzuzetteln, oder vielleicht eher absolutistisch zu agieren, ein König hat es ja auch nicht schlecht.

Vor dieser Erkenntnis scheint mir die zwar technisch sinnlose 60.000EUR Freigabegrenze bei Vergaben nun doch erhaltenswert. Sie sollte erst überdacht werden, wenn das System Verwaltung <-> Gemeinderat wieder ordentlich funktioniert.

Dabei ist es im Übrigen lächerlich, den Gemeinderäten mit diesem Argument die verschleppte Sanierung des abgebrannten Chemieraumes in der GHR in die Schuhe zu schieben! Natürlich gilt die Grenze. Natürlich waren Sommerferien. Aber es gibt Ausnahmemöglichkeiten gerade für die Verwaltungsspitze, es gibt die Möglichkeit die Ausnahme unter Sachzwängen zu begründen und das schlicht informell mitzuteilen. Welcher Gemeinderat sollte ein Interesse daran haben, dass ein Chemiesaal nicht funktioniert?

Stattdessen wird einfach nichts gemacht, die erstaunten Gemeinderäte werden bei der Show-Schulhausführung in den frisch gestrichenen Chemiesaal geführt, wo Schüler an einer provisorisch auf Quitscherädchen hereingeschobenen Tafel unterrichtet werden, unbeleckt jeder Versuchstechnik.

Also bitte! So billig, kommen sei nicht davon!

Weitere Anekdoten zum Thema „gutes Verhältnis“ könnte man zum legendären Mörike-Steg mit seiner „kostenoptimierten“ Konstruktion vortragen. Auch der sehr merkwürdige Umgang von Verwaltungsbeauftragten mit Ehrenamtlich engagierten Menschen, konkret möchte ich die Lesungen im Pomeranzengarten nennen, legt nahe, dass eine Schulung der Umgangsformen oder auch eine Schulung des Gespürs was Not tut und was nicht sehr viel helfen würde. Was sich fortan im besseren Umgang in einem reibungsloseren, dann effektiveren und folglich kostensparenderen Umgang auswirkt.

Gleiches gilt selbstverständlich auch umgekehrt für uns Gemeinderäte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit  
Frank Albrecht

## Anträge der S:ALZ-Gruppe zum Haushalt 2019

### 1. Schulen / Kinderbetreuung / Jugend

#### 1.1. Digitalisierung an Schulen - Schaffung von zwei weiteren (temporären) Stellen

**Begründung:**

S:ALZ begrüßt die nun zur Aufarbeitung der Digitalisierung der Schulen geschaffene Stelle. Dies ist allerdings für die konsequente Umstellung viel zu wenig, ein Blick in die freie Wirtschaft mit vergleichbaren „Mitarbeiterzahlen“ genügt. Maßstab kann auch nicht der Fortschritt in anderen Kommunen sein, sondern nur die globalisierte Welt! Es ist unverständlich, dass die Schulverwaltung teils bereits über Glasfaser läuft, aber die Schüler an der selben Schule nach wie vor über Klingeldraht angebunden sind.

1.2. Die Digitalisierung erfordert auch heute nicht absehbare Investitionen in Technik. Wir beantragen, dass hier sofort nach Erkenntnisgewinn durch o.g. Schul-Digitalisierungsteam gehandelt wird, und die Gerätschaften als Nachtrag umgehend ins Verfahren eingespeist werden. Ein verschlepptes Berichtswesen im nächsten Schulbeirat oder noch später ist hier absolut inakzeptabel.

#### 1.3. Schulentwicklungsstrategie, evtl für Campus, erstellen

**Begründung:**

Die Bildungslandschaft ist in Bewegung, zudem erfordern steigende Geburtenzahlen schnell mehr Raum. Hier muss eine ganzheitliche Entwicklung bedacht werden, Fragen sind vorab zu klären, wie beispielweise: „können Fachräume gemeinsam genutzt werden?“ „Welche Schulformen könnten an einem Campus Synergien erfahren?“

1.4. Der Jugendausschuss soll direkte Verfügung über sein Budget erhalten. Es hat sich in den ersten Sitzungen gezeigt, dass die Freigabe durch den S-Ausschuß hinderlich ist und zudem unnütz. Gemeinderäte sind im Jugendausschuß anwesend und können hier Bedenken äußern.

#### 1.5. Religionserziehung Schule/Kindergärten: zusammenführen

**Begründung:**

in einer immer weiter zersplitternden Gesellschaft hat Abgrenzung durch zur Schau gestellte und zur Abgrenzung vortragene religiöse Symbolik und „Wahrheit“ eine weiter spaltende Wirkung. Dem muss entgegengewirkt werden, daher ist eine religionsfreie Werteerziehung, die auch neutral die Weltreligionen betrachtet und Verständnis schafft, die einzige Möglichkeit auf eine breitere gesellschaftliche Basis zurückzufinden. Dem ist von städtischer Seite durch vermehrte Angebote in städtischen Kindergärten Rechnung zu tragen.

### 2. Verkehr / öffentlicher Raum

2.1. S:ALZ unterstützt ausdrücklich den interfraktionellen Antrag zum autonomen Shuttlebus-Test und sieht hier das wesentliche Projekt für 2019

2.2. Die Stadt soll ein eigenes kostenfreies ÖPNV-Angebot vorhalten, Probezeit 2 Jahre

**Begründung:**

ÖPNV wird nicht wesentlich stärker genutzt, wenn die Einzelfahrt 50 Cent billiger wird. ÖPNV wird nur dann von Vielen genutzt, wenn die Barriere des Bezahlsystems abgebaut wird, und das Gefühl Teil des Systems zu sein gestärkt wird.

**Hierzu ist folgendermaßen vorzugehen:**

Die direkten Zusatzzahlungen der Stadt an den VVS in Höhe von 300.000EUR sind einzustellen. Stattdessen fahren im direkten Auftrag der Stadt vier Busse zu einem geregelten Fahrplan ohne Ausnahme von 5:00 Uhr bis 1:00 Uhr zuverlässig auf von Fachleuten zu bestimmenden Linien. Ob dies vier einzelne Linien sind, oder beispielsweise zwei Linien, die in Stoßzeiten verstärkt werden, um schliesslich ein 4-Fahrzeuge-Äquivalent zu erreichen, klärt ein Fachgremium.

Laut Expertenaussage kostet ein Bus samt Fahrer, Betriebsmitteln und Finanzierung ca. 60EUR/Stunde. Daraus ergibt sich ein Kostenrahmen von rund 1,5Mio/Jahr, der aus Steuergeld finanziert wird. Dies ist nur ein Beispiel, das im Kostenrahmenbereich des auch gern gezahlten Leobad-Abmangels liegt und kann den Erfordernissen in der Diskussion angepasst werden. Die Nutzung ist für alle dann „kostenfrei“, so wird für VVS-Karteninhaber die sich über die Ortsgrenzen hinaus bewegen kein Nachteil geschaffen.

## **2. Verhältnis und Arbeitsgrundlage Verwaltung/Gemeinderat**

**3.1.** wir beantragen zu einem geordneten Arbeitsverfahren zurückzufinden.

### **Begründung:**

insbesondere Herr Oberbürgermeister Kaufmann nutzt ausgiebig die stimmungsgenerierende Wirkung vorschneller Öffentlichkeit für ihm genehme Themen. So ist es dann oft am Gemeinderat, surreale Geschichten, die an der Stadtwirklichkeit vorbei denken, zu relativieren und der Bevölkerung Wasser in den vordegründig mündenden Wein zu schütten.

Selbstverständlich wollen wir der Verwaltungsspitze nicht vorschreiben, wie sie zu arbeiten hat. Es ist allerdings schlicht rechtlich nötig, Themen nicht nur bei bunten Abenden sondern auch in den Gremien zu behandeln. Wir fordern also, dass Themen die in der Öffentlichkeit angepriesen werden, zeitnah, zur folgenden Sitzungsrunde, im Gremium diskutiert werden, selbstverständlich in öffentlicher Sitzung, so dass etwaige Bedenken auch bekannt werden, bzw. bei hoffentlich großer Einigkeit ein gemeinschaftliches positives Zeichen gesetzt werden kann. Ein Beispiel kann die Seilbahn sein, von der man seit Monaten hört, die aber nie in Gremien eine Weiterentwicklung erfährt.

**3.2.** wir beantragen das Verhältnis Gemeinderat <-> Verwaltungsmitarbeiter zu verbessern.

Dies kann natürlich nicht verordnet werden. Es ist allerdings auffällig, dass aus einer vorgeschobenen Angst mit Themen vor dem Gemeinderat vorstellig zu werden, einige unerklärlich-surreale Dinge entstehen. Beispielsweise die ungute Mörike-Brücke, der nicht fertige Chemiesaal der GHR...

### **Begründung:**

wenn die Verwaltungsmitarbeiter das Gefühl haben, dass Dinge lieber sauber erledigt werden, als aus Angst irgendwie halb, bleiben die Kosten am Ende geringer als bei steten Nachbesserungen. So ist beispielsweise klar, dass kein Gemeinderat jemals etwas gegen die Fertigstellung des Chemiesaals GHR einzuwenden gehabt hätte. Hier muss einfach mit klaren, einsichtigen Erklärungen auch mutig eine vielleicht eigenmächtig wirkende Entscheidung der Verwaltungsspitze herbeigeführt werden, wenn sich keine nahe Option auf einen Beschluß ergibt.

Selbstverständlich bitten wir um direkte Nachricht, beispielsweise per Mail, für derartige Fälle.

**3.2.** wir beantragen eine Mitarbeiterschulung bei direktem Bürgerkontakt.

### **Begründung:**

oftmals sind im Sinne der Stadt ehrenamtliche Gruppen aktiv, die keine Gefahr für das politische-gesellschaftliche Leben darstellen, sondern zweifelsfrei Gutes im Sinn haben und etwa zur kulturellen Bereicherung beitragen. Hier ist es nicht angesagt, die Motivation der Bürger durch kleinliche Korrekturhinweise und Planänderungen auf die Probe zu stellen. Stattdessen fordern wir die Verwaltung auf in solchen Fällen Dingen ihren Lauf zu lassen, und sich gewichtigeren Verwaltungsaufgaben zuzuwenden. Als Beispiel führen wir die Lesungen im Pomeranzengarten an.

## Es gilt das gesprochene Wort

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Stadt Leonberg ist eine wachsende Stadt.

Die Bevölkerung ist in den 5 Jahren von Anfang 2013 bis Ende 2017 um 5,6% gewachsen.

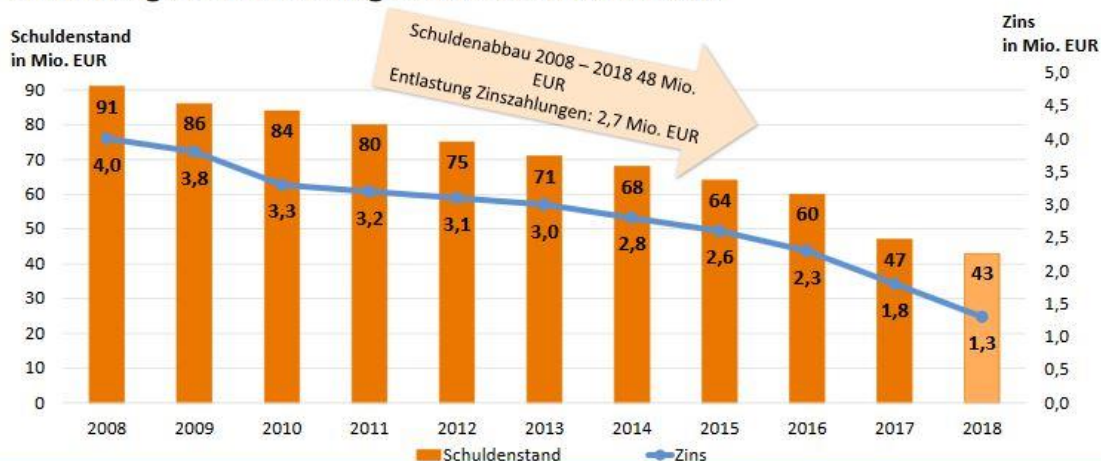
Im selben Zeitraum stieg die Steuerkraft jedes Steuerzahlers in Leonberg um 24%

Die Steuerkraftsumme stieg in diesem Zeitraum sogar um 37%.

Leonberg schafft es auch dieses Jahr nur durch den Verkauf von Grundstücken einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Dies ist in den Folgejahren dann nach dem vorgelegten Ausblick in die Zukunft nicht mehr möglich.

Dagegen betreibt der Landkreis aufgrund der guten Konjunktur und den sprudelnden Steuereinnahmen eine konsequente Rückführung seiner Schulden. Die Verschuldung des Landkreises hat sich seit 2008 fast halbiert.

### Entlastung der Kreisumlage durch Schuldenabbau



Dadurch spart der Landkreis, (bezogen auf das Jahr 2008), 2,7 Millionen Euro an Zinsen im Jahr.

Und auch aus diesem Grund kann der Landkreis seine Kreisumlage von 34 auf 33 Punkte senken.

Leonberg hat mit dem Vorgelegten Haushalt für das Jahr 2019 über **103 Mio €** Schulden. An eine Rückführung der Verschuldung denken wir noch nicht einmal – im Gegenteil wir müssen noch mehr Schulden machen.

Allein an (den jetzt noch sehr geringen) Zinsen kostet uns die Verschuldung fast 1,8Mio € jährlich.

Das ist so viel, wie wir für die:

- Volkshochschule inklusive Bibliotheken zuschießen,  
oder
- für die Theater, Konzerte und Musikschulen,  
oder
- sogar mehr als der Betrag den wir für den Bereich Wohnen / Bauen zuschießen müssen.

Das bringt uns direkt zum Thema Bildung, Schulen und Integration. Es freut uns alle sehr, dass Leonberg eine lebendige, wachsende Gemeinde ist in der auch wieder mehr Kinder geboren werden. Jetzt ist auch die Zeit, dass die hier lebenden Geflüchteten aus der Erstunterbringung beim Landkreis in die Anschlussunterbringung bei der Stadt kommen. Dieses Thema ist seit dem Jahr 2015 bekannt seit die Flüchtlinge verstärkt nach Deutschland kamen.

Viele dieser Geflüchteten sind junge Menschen, die jetzt eine berufliche Ausbildung machen möchten.

Diese Menschen sind jetzt über ein Jahr bei uns, haben aber immer noch keine ausreichenden Sprachkenntnisse um eine berufliche Schule mit Aussicht auf Erfolg besuchen zu können.

Hier bei uns in Leonberg haben wir jetzt eine Integrationsbeauftragte und 4 Integrationsmanager. Das ist schon einmal sehr hilfreich.

Die Geflüchteten brauchen aber parallel zu Ihrer beruflichen Ausbildung Nachhilfeunterricht im Erlernen der deutschen Sprache. Dies ist zur Zeit nur am Ort der zuständigen Berufsschule möglich. Nicht aber am Wohnort des Geflüchteten. Das muss geändert werden.

Wir bitten die Stadtverwaltung dieses Problem im **deutschen Städtetag**, im Kontakt zu den **Arbeitsämtern** und **Schulträgern** anzusprechen um es den Geflüchteten zu ermöglichen auch an Ihrem Wohnort einen Nachhilfeunterricht finanziert zu bekommen.

In der LKZ von gestern, dem 5.11.2018 ist dieses Thema sehr schön beschrieben. 400 Junge Geflüchtete sind in diesem Jahr in der Region in eine berufliche Ausbildung gegangen. Diese Menschen bedürfen unserer Unterstützung.

Auch die Gemeinderäte, die Mitglieder in den großen Parteien sind, sollten dieses Problem offen ansprechen. Einzig durch Bildung können wir es den Menschen, die heute in unserer Anschlussunterbringung sind, ermöglichen ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Das wäre Nachhaltigkeit. Und es wäre gerade jetzt, in Zeiten der Vollbeschäftigung in unserer Region relativ erfolgversprechend.

Wir haben gerade erst vor ein paar Tagen das Prädikat „Gründerfreundliche Stadt“ bekommen. Nehmen wir diesen Schwung, den unser Wirtschaftsförderer Herr Schweizer nach Leonberg gebracht hat mit, und werden auch noch eine „Ausbildungsfreundliche Stadt“. Gründer und auch Unternehmen im Bestand brauchen qualifizierten Nachwuchs.

Die Zeit drängt. Wenn wir ein so kleines Problem, bei dem es nicht um Geld sondern nur um Zuständigkeiten geht nicht lösen können bringt es uns auf lange Sicht zu einem anderen drängenden Thema – dem bezahlbaren Wohnraum.

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums rät dazu, den sozialen Wohnungsbau in seiner jetzigen Form abzuschaffen, da sich dieses Instrument als nicht effektiv erwiesen hat. Niemand will diese Aussage 1 zu 1 unterstützen.

Aber wir alle wissen: Nur wenn das Angebot auf dem Markt größer ist als die Nachfrage werden auf lange Sicht die Preise sinken.

Ein privater Bauherr hat wohl kaum die Motivation ein Haus zu bauen und danach unter Wert zu vermarkten. Und wenn wir private Bauherren durch städtebauliche Verträge dazu verpflichten 25% der erstellten Wohnungen günstiger zu vermarkten, werden die restlichen angebotenen Wohnungen umso teurer.

Auf der anderen Seite kann es sich nur eine finanziell **starke** Gemeinde leisten, Häuser zu bauen, die einen dauernden Zuschuss benötigen. Aber Leonberg hat kein Geld. Im Gegenteil. In den kommenden Jahren werden wahrscheinlich die Themen der Erhöhung des „Grundsteuerhebesatzes“ und „Gebührenerhöhungen“ auf die Tagesordnung kommen. Das betrifft dann unterschiedslos alle Bürger weil diese Kosten auf die Mieter abgewälzt werden können. Es betrifft dann auch diejenigen die das Glück hatten bezahlbaren Wohnraum zu ergattern.

Selbst wenn die Stadt Leonberg in Zukunft verstärkt verfügbare Baugrundstücke und zum Verkauf anstehenden Häuser aufkaufen und einem Programm zum bezahlbaren Wohnraum zuführen würde, würde es das Problem insgesamt nicht lösen. Dadurch würden die Preise für den verbleibenden Wohnraum wegen einer durch die Stadt herbeigeführten Verknappung steigen.

Die einzige praktikable Lösung für dieses Problem ist eine Bezuschussung der Bedürftigen durch Wohngeld. Das kann jedes Jahr durch die Steuererklärung neu bewertet werden und verhindert eine Fehlbelegung in Sozialwohnungen.

Im Rathaus Leonberg fehlt die nötige „Manpower“ um eigene Sozialwohnungen zu planen und zu bauen. Schon für eine freistehende Bagger-Garage haben wir einen fremden Architekten beauftragt. Die benötigte Zeichnung einer Garage hätte leicht in Eigenregie erstellt werden können. Dazu benötigt man lediglich einen Statiker. Wir in Leonberg brauchen für eine Garage einen Architekten.

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal, dass wir es einfach nicht können nicht wollen und nicht machen.

Wir leisten uns 2 Schwimmbäder. Jeder Badegast kostet uns – trotz Eintrittsgeld - 25€ Zuschuss pro Besuch. Ein Abmangel von 1,8Mio€ im Jahr – Tendenz steigend.

Für diese 1,8Mio€ könnten wir jedes Jahr ein 4-Familienhaus für bezahlbaren Wohnraum erstellen.

Durch Bürgerentscheid wurde vor Jahren entschieden, dass die Bäder im Bestand saniert werden sollen.

Über ein geändertes Betriebskonzept wurde nicht oder nicht richtig nachgedacht. Wir haben uns auf Bäderberater verlassen, die uns sagten der jährliche Abmangel würde durch geringere Heizkosten und Betriebskosten verringert. Wir haben auch gehört: „Wasserfläche kostet Geld, Nebenflächen bringen Geld“. Deshalb auch die hohe Investition in die Sauna.

Wo sind jetzt diese Bäderberater? Der jährliche Abmangel hat sich leider sogar noch vergrößert.

Leonberg investiert sehr viel Geld. Wir erhalten dann schöne Fassaden und schöne Grünanlagen usw. Aber unsere Investitionen können nicht nur Fassaden sein. Sie müssen durchdacht sein und, wenn möglich, wirtschaftlich betrieben werden können.

Die Reihenfolge unserer Planungen sollte sein:

- Was wird benötigt?
- Welchen Zusatznutzen können wir durch ein kluges Konzept erzielen?
- Danach Planer und Architekten beauftragen und das Konzept nochmals überdenken
- Dabei ist immer zu bedenken, dass die Planer prozentual zur Bausumme bezahlt werden. Dass also deren Interesse nicht unbedingt darin liegt die Kosten gering zu halten.

Was meine ich damit, wenn ich von einem Zusatznutzen spreche?

- Schauen wir unser Parkhaus am Bahnhof an. Dort kann nur eine einzige Schnelladesäule für Elektroautos

installiert werden weil die Stromleitungen nicht ausreichend dimensioniert sind.

- Im neuen Neuen Rathaus wurde eine Kantine / Gastronomie eingeplant und gebaut. Das installierte Kassensystem akzeptiert aber nur Mitarbeiterausweise. Besucher und Gäste können sich lediglich einen Kaffee aus dem Automaten besorgen. Das passt nicht dazu, dass wir dort auch Kunstwerke ausstellen und das Rathaus ein Ort der Begegnung sein sollte. Es passt auch nicht dazu dass wir erwarten, dass Besucher des Rathauses mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kommen und dadurch Wartezeiten vor einem vereinbarten Termin entstehen die mit einem Besuch der Gastronomie überbrückt werden könnten.
- Wenn wir Werbeflächen für Digitale Werbung in der Stadt vergeben, sollten wir als Stadt auch Zugriff auf die Inhalte der Beiträge bekommen. So können wir einen Teil der Bildschirme für ein Parkleitsystem reservieren oder zur Verkehrslenkung oder zur Bürgerinformation.

Thema Verkehr. Wir haben Probleme beim ruhenden Verkehr und beim Verkehrsfluss.

Auf den ruhenden Verkehr haben wir als Stadt viel mehr Einflussmöglichkeiten als auf den fließenden Verkehr. Wir müssen über das Baurecht dafür sorgen, dass Fahrzeuge auf den Grundstücken der Fahrzeughalter geparkt werden und nicht auf öffentlichen Straßen. Auch jeder einzelne Bürger der Stadt ist hier gefordert, seine Garage nicht mit Gartengeräten oder Anderem vollzustellen, sondern zum Abstellen des Fahrzeuges zu nutzen.

Parkende Fahrzeuge können nicht dem Zweck dienen, den fließenden Verkehr zu verlangsamen. Denken Sie an ein Kind das versucht zwischen 2 parkenden Autos eine Straße zu überqueren.... Fließenden Verkehr kann man mit anderen Maßnahmen verlangsamen.

Im Jahr 2019 soll ein neuer Verkehrsrechner angeschafft und in Betrieb genommen werden. Das nötige Geld hierfür war ja schon einige Male in den Haushalt eingestellt worden. Eine

intelligente, an die Tageszeiten und Verkehrsströme angepasste Ampelsteuerung kann uns helfen den Verkehrsfluss zu verstetigen ohne die Geschwindigkeit zu erhöhen. Dazu gehört auch ein integriertes Parkleitsystem. Nicht zuletzt um den Parkplatz-Suchverkehr zu verringern.

Der überörtliche Durchgangsverkehr kann von uns nicht durch eine Verordnung ausgesperrt werden. Das geht nur in Zusammenarbeit mit dem Landkreis, der Region Stuttgart, dem Land Baden Württemberg und dem Bund.

Der Stadt Stuttgart darf den Stuttgarter Verkehr zur Erfüllung ihres Luftreinhalteplanes nicht über die Autobahn nach Leonberg auslagern.

Bei den Bauarbeiten im Engelbergtunnel sollte der Verkehr auch bei Stau auf der Autobahn verbleiben. Die neuen „Verkehrsbeeinflussungsanlagen“ und auch die Angaben in Navigationssystemen sollten Leonberg nicht als Ausweichroute anzeigen.

Wir als Stadträte müssen der Verwaltung und unserem Oberbürgermeister alle Unterstützung geben die sie für die Verhandlungen mit diesen Gremien benötigt. Das ist das was **wir** dazu beitragen können.

Ich möchte mich zum Ende meiner Rede noch bei unserem neuen Oberbürgermeister, Herrn Kaufmann, für seine engagierte Tätigkeit für unsere Stadt bedanken. Wir haben seit seinem Amtsantritt einen bemerkenswerten Zufluss von Fördermitteln aus verschiedenen Fördertöpfen wahrgenommen. Das wünsche ich mir auch für die Zukunft.

Außerdem Danke ich allen Mitarbeitern der Stadt für die geleistete Arbeit des letzten Jahres.

Und vor allem möchte ich mich bei allen Bürgern unserer Stadt bedanken, die mit ihrem Steuergeld unsere Stadtkasse finanzieren.

Guten Abend Herr Kaufmann,  
Guten Abend Herr Dr. Vonderheid, Herr Brenner,  
Guten Abend liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Alle Jahre wieder diskutieren wir über den „Geldbeutel“ unserer Stadt. Was kommt hinein, was geht hinaus. Doch so einfach ist es eben nicht.

Von Albert Einstein stammt die Weisheit, dass man die Probleme von heute nicht mit den Methoden von gestern lösen kann, durch die die heutigen Probleme entstanden sind. Wie Recht er hat! Doch was könnte das konkret für Leonberg bedeuten.

Seit Jahrzehnten wird über den Stau in und um Leonberg diskutiert, verschiedene Gutachten erstellt und vor allem ärgert sich jeder. Es herrscht „dicke Luft“ in unserer Stadt. Immer wieder flammt der Begriff des Tunnels auf. Wenn ein Tunnel gut für Leonberg wäre, warum gibt es ihn noch nicht? Sprechen zu viele Gründe dagegen?

Wenn ja, dann ist doch jetzt der Zeitpunkt umzudenken und den „Tunnelblick“ ad acta zu legen. Warum nicht „über“ von Leonberg fahren? Mit einer Seilbahn oder Expressbahn - alles ohne Feinstaub und Lärm.

Eine alte deutsche Firma hat sich in diesem Jahr für den Standort Leonberg entschieden, um autonomes Fahren in Deutschland voran zu bringen. Warum also nicht gleich in Leonberg selbst damit anfangen? Lassen Sie uns gemeinsam mit der Firma ein neues, abgasfreies, staufreies und attraktives Konzept für Leonberg entwickeln.

Was die Autokolonnen betrifft, die sich durch Leonberg und den Teilorten schlängeln, wenn mal wieder Stau auf der Autobahn ist, so kann dieser Stau nur überregional gelöst werden.

Hier müssen die Städte der Region Stuttgart zusammen an einen Tisch und so schnell als möglich agieren. Dabei muss der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) oberste Priorität haben. Günstigere Tickets, höhere Taktung der Busse, S-Bahnen und U-Bahnen, Ausbau des U-Bahn-Netzes und vieles mehr.

Um den Bedarf für die Menschen in Leonberg, die hier arbeiten und wohnen, zu ermitteln, ist eine Umfrage unumgänglich. Denn für Menschen, die in Leonberg im Schichtbetrieb arbeiten, z.B. im Krankenhaus, der Pflege, im Verkauf oder anderen Bereichen, ist es mittlerweile existenziell, dass sie ohne Auto kostengünstig zur Arbeit kommen.

Wie könnten wir also neue Wege im Bereich Verkehr für die Stadt Leonberg gehen? Zum einen „über den Wolken“ von Leonberg kurze Wege bestreiten, eigene Busspuren in Leonberg für Busse und Rettungsfahrzeuge, günstige Stadttickets, Ausbau der U-Bahn nach Leonberg, höhere Taktung der S-Bahnen und Busse.

Mehr oder, wenn möglich, nur noch Kreisverkehre in Leonberg und Teilorten einsetzen, die den Verkehr flüssiger gestalten. Das beste Beispiel ist der Kreisverkehr am Waldfriedhof. Außerdem spart die Stadt viel Geld. Keine Reparaturkosten und Stromkosten für die Ampeln. Fußgänger mit Handicap haben deutlich mehr Zeit eine Straße auf einem Fußgängerüberweg zu überqueren als die kurze Grünphase einer Ampel es zulässt. Bei Stau interessiert es viele Autofahrer sowieso nicht, welche Farbe die Ampel zeigt, also kann man sie gleich weglassen.

Auch den ganzen „Schilderwald“ in der Stadt roden spart der Stadt immense Kosten für die Schilder und die Ersatzbeschaffung der Schilder. Es gilt in Leonberg grundsätzlich die StVO - also rechts vor links. Somit wird ein jeder Verkehrsteilnehmer gezwungen langsamer und achtsamer zu fahren. Eine positive Folge wäre, weniger Lärm und mehr Geld für Straßenausbesserungen und sichere Fahrrad- und Gehwege.

Nicht zu vergessen, dass die zuständigen Stellen endlich mehr Kontrollen beim LKW-Durchfahrtsverbot durchführen. Das ist gut für unsere Gesundheit und spült ein bisschen Geld in die Steuereinkassen.

Um den Lärmschutz weiter auszubauen, bedarf es weiterer Überlegungen und vor allem müssen alle Stadtquartiere untersucht werden und ein Gesamtkonzept erstellt werden, denn in jedem Quartier gibt es Lärmbelästigungen wegen durchfahrender Autos bei Stau in der Stadt. Vielleicht könnten kleinere Grünflächen und ausgewiesene Parkplätze, die punktuell auf die Straße gesetzt werden, das schnelle Durchfahren von Autos in Wohnquartieren eindämmen.

Nicht nur auf der Straße machen mehr Grünflächen Sinn, auch zwischen einzelnen Gebieten brauchen wir mehr „Erholungs- und Belüftungsflächen“. Dafür benötigen wir ein Gesamtkonzept für die Stadt und ihre Teilorte, um eine optimale Aufenthaltsqualität zu gewährleisten. Bereits bestehende Grünflächen müssen aufgewertet werden und neue geschaffen werden.

Wie schön ist es im Sommer durch den Stadtpark zu flanieren und seinen Blick schweifen zu lassen. Und plötzlich - man trifft genau die eine, mit der man nicht gerechnet hat.

Die „Tretmine“. Nun bin ich Pazifistin und kann Tretminen absolut nicht gut heißen. Sie sind nun auch nicht wirklich appetitlich.

Deshalb fordere ich „Mehr Sackerl fürs Kackerl“ und entsprechend mehr Mülleimer, so dass die Tüten da hinein kommen, wo sie hingehören und nicht in die Sträucher geworfen werden.

Und es sind nicht nur kleine Mülltüten in Sträuchern zu finden, sondern leider auch großer wilder Müll. Ich konnte oft in den Abendstunden Bürgerinnen mit ihren Fahrrädern und Tüten beobachten, die wilden Müll aufgesammelt und ordentlich entsorgt haben. Diesen Bürgerinnen gilt mein herzlicher Dank.

Als Stadt können wir im Bereich Müllbeseitigung moderner werden. Und da spreche ich hoffentlich aus dem „digitalen“ Herzen unseres Kollegen Zander, wenn wir zukunftsorientiert „intelligente Mülleimer“ in ganz Leonberg aufzustellen. Der Bauhof hat morgens am Computer eine Übersicht über alle Mülleimer und kann dann eine aktuelle Route zusammenstellen, um nur die vollen Mülleimer anzufahren. Das spart Zeit und Geld. Deshalb fordere ich ein Müllkonzept für die Stadt Leonberg und ihre Teilorte.

Sauberkeit in der Stadt wertet die Aufenthaltsqualität deutlich auf. Doch nicht nur das, sondern auch sichere und ausreichend breite Fahrrad- und Gehwege sind wichtig für das Stadtleben.

In den letzten Wochen und Monaten konnte ich im Stadtzentrum beobachten, dass es neue Hindernisparcours für Kinderwagen schiebende Personen und Rollatoren-Benutzer gibt.

Können diese Personengruppen neuerdings eine Eignungsprüfung mit Urkunde bei der Polizei ablegen, wie Schulkinder beim Fahrrad? Da hätte die Stadt uns ruhig aufklären können. Oder warum parken so viele große Autos auf Gehwegen oder stellen Kneipenbesitzer ihre Tische und Stühle soweit vor ihr Lokal, dass Fußgänger und Fahrradfahrer auf die Hauptstraße bei der Neuen Stadtmitte ausweichen müssen?

Ich fordere die zuständigen Stellen auf, diese wilden Bestuhlungen und das wilde Parken sofort zu unterbinden.

Dort, wo Menschen zu Fuß gehen, dort spielt das Leben, dort findet Kommunikation statt. Diese kann auf dem Bürgerplatz vor der Stadthalle wieder belebt werden. Denn momentan entspricht der Bürgerplatz nicht wirklich seiner Bestimmung. Weshalb kann hier nicht der Samtags-Wochenmarkt stattfinden? Es sind kostenfreie Parkplätze an der Stadthalle vorhanden und die Fußgänger bleiben von Autos verschont.

Die jetzige Situation am Wochenmarkt beim Reiterstadion ist lebensgefährlich. Muss erst was passieren, dass sich etwas ändert? Der Bürgerplatz hat es verdient belebt zu werden.

Freilich ist der Festplatz ein wichtiger Ort im Zentrum für verschiedene Veranstaltungen. Jedoch das Reiterstadion in seinem jetzigen Zustand eher nicht.

Die Fläche wäre eine gute Möglichkeit für sozialen Wohnungsbau und bezahlbaren Wohnraum. Wenn aber die Mehrheit des Stadtrates gegen Wohnungen an diesem Standort ist, dann sollte diese öffentliche Fläche sinnvoll und vor allem ganzjährig genutzt werden. Das brüchige Reiterstadion abreißen und z.B. ein Amphitheater bauen für Theateraufführungen, Open-Air-Kino-Vorstellungen, den Pferdemarkt und im Winter, mit Hilfe der Feuerwehr, eine Eislaufbahn. Somit hätten wir eine ganzjährige Nutzung dieser Fläche und einen Hingucker in der Stadt.

Wie die Sauna. Ein Prestigeobjekt par excellence. Vor kurzem in Betrieb gegangen und schon schreibt sie rote Zahlen. Im Jahr 2017 mussten die Steuerzahler knappe 21 EUR pro Badegast dazuzahlen. Das nenne ich mal Luxus, den wir aber gar nicht haben. Auch bei der Berechnung der Gesamtkosten sind große Fehler unterlaufen. Angefangen hatte man mit einer Zahl knapp unter 2 Mio. EUR. Geendet hat es bei knapp über 3 Mio. EUR. Meine Mathematiklehrer hätten gesagt „setzen - 6“.

Dieser Zuschuss von ca. 21 EUR wäre sinnvoller in kostenfreien Mittagessen für Schüler und einem kostenfreien Kindergartenjahr angelegt.

Wenn die roten Zahlen für die Sauna so weitergehen, sollten wir uns für die Zukunft überlegen, welche sinnhafte Nutzung diese Räumlichkeiten zu Teil werden könnte. Vielleicht ein zentral gelegener Kindergarten mit Baumhaus ?

Ich habe einen Wunsch - bezahlbarer Wohnraum für alle!

Hier in Leonberg sind knapp 300 Haushalte bedroht von Obdachlosigkeit und über 400 Haushalte sind Wohnungssuchend. Da sind auch Steuerzahler dabei, die jeden Tag arbeiten gehen. Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Man darf von einer weitaus höheren Dunkelziffer ausgehen, die in „prekären Wohnungsverhältnissen“ lebt, bei denen Menschen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit bei Freunden und Familie wohnen.

Wollen Sie eine Situation wie beim Hambacher Forst? Was wollen Sie tun, wenn Menschen im Stadtpark anfangen zu zelten, weil sie keine Bleibe finden? Soll die Polizei dann eingreifen? Ich will das nicht. Ich appelliere an Sie - fangen Sie endlich an tätig zu werden. Wohnen ist ein Grundrecht.

Auf der Internetplattform AirBNB habe ich ein Einzelzimmer von Jonas für 99 EUR/Nacht in Leonberg gefunden. Das sind im Monat über 3.000 EUR Mieteinnahmen für ein Zimmer. Das ist nicht mehr normal und bei der heutigen Wohnungsnot auch nicht mehr tragbar. Die Stadt muss solche Anbieter in Ihre Schranken weisen. Berlin macht es mit einem Zweckentfremdungsverbot vor. Wir müssen das in Leonberg auch einführen, um solchen Spekulationen Einhalt zu gebieten und die ortsansässigen Hoteliers und Pensions-Anbieter zu schützen. Sie zahlen ihre Gewerbesteuer und dürfen nicht benachteiligt werden.

Zusätzlich muss die Stadt weiteren bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit Wohnberechtigungsschein und Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung stellen. Dafür müssen die städtischen Grundstücke in kommunaler Hand bleiben und weitere Grundstücke müssen dazu gekauft werden. Um Spekulationen vorzubeugen, müssen alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, dass die Grundstücke weiterhin in öffentlicher Hand bleiben.

Beim Bau von neuen Objekten benötigen wir eine eigene städtische Wohnbaugesellschaft oder eine gemeinsame Wohnbaugesellschaft mit anderen Kommunen zusammen.

Die vertikale Innenentwicklung ist die einzige Möglichkeit mehr Wohnraum in Leonberg und seinen Stadtteilen zu generieren. Die geographische Lage von Leonberg gibt uns nicht mehr Spielraum.

Aber bitte haben Sie keine Angst vor Hochhäusern. Die Stadt Wien zeigt, dass man Hochhäuser sehr gut ins Stadtbild integrieren kann. Sie können architektonisch interessant, kunstvoll mit Fassaden-Bildern gestaltet und mit viel Grün auf dem Haus, am Haus oder ums Haus herum gestaltet werden, so dass wieder mehr Grünflächen der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Ein Hinweis an Häuslebesitzer:

Wein wird besser, je älter er ist und je länger man in ruhen lässt. Bei Immobilien ist das nicht der Fall.

Immobilien überleben nur, wenn sie belebt werden. Schöne Objekte in Leonberg stehen seit Jahrzehnten leer und verkommen.

Im Grundgesetz, Art. 14 (2) steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Ich bitte alle Eigentümer leerstehende Bestandsobjekte wieder zu beleben und endlich wieder zum Wohnen zur Verfügung zu stellen. Und die Stadtverwaltung fordere ich auf, endlich alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit keine Immobilien und Grundstücke in Leonberg mehr leer stehen.

Sie alle wollen Hausmeister, Altenpfleger, Verkäuferinnen vor Ort? Dann müssen Sie auch etwas für diese Bürgerinnen und Bürger tun. Denn momentan können viele Personengruppen die Mieten in der Stadt nicht mehr bezahlen und betreiben „Stadtflucht“.

Stellen Sie sich vor, morgen fallen alle Unternehmensberater, alle Investmentbanker und alle Aktienanalysten tot um. Oder stellen Sie sich vor, morgen fallen alle Krankenschwestern, alle Polizisten, alle Feuerwehrleute und alle Altenpfleger tot um. Und nun überlegen Sie kurz, wen sie persönlich vermissen würden.

Eine alleinstehende Angestellte verdient monatlich 2.400 EUR brutto, das sind etwa 1.600 EUR monatlich netto. Eine 1,5 Zimmer-Wohnung, 44qm, kostet monatlich ungefähr 590 EUR warm. Es bleiben 1.010 EUR monatlich übrig. 10 EUR über dem max. Einkommen für einen Wohnberechtigungsschein.

Und was macht ein Arbeiter mit dem Mindestlohn von 8,84 EUR/Stunde, bei 40 Stunden pro Woche? Das sind 1.500 EUR brutto im Monat. Unsere Azubis und Studenten können ohne Eltern gar nicht mehr alleine überleben.

Deshalb haben viele Menschen mittlerweile 2-3 Jobs, um nur über die Runden zu kommen. Aber was ist mit unseren Eltern oder Großeltern, die in Rente sind, die Deutschland aufgebaut haben und zu dem gemacht haben, was es heute ist? Sie können keine 2-3 Jobs mehr machen, um über die Runden zu kommen. Aber bei den meisten Rentnern ist die Rente zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben.

Es ist unsere Pflicht, dass wir uns um diese Menschen kümmern und nicht an den Rand der Gesellschaft drängen. Wie peinlich ist es für unsere Gesellschaft, dass unsere Eltern und Großeltern Pfand sammeln müssen, um ein paar Groschen mehr im Geldbeutel zu haben. Sie haben das nicht verdient. Sie sollen ihren Lebensabend genießen.

Und unserer Jugend, unserer Zukunft, müssen wir eine Chance geben, selbständig auf die Beine zu kommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und vor allem bei allen engagierten Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Sie machen unsere Stadt ein Stück lebenswerter.

Abschließen möchte ich mit einem Liedtext der Toten Hosen:

„Es kommt die Zeit, in der das Wünschen wieder hilft.“